

WENDE

ENERGIE

WENDE

UNTER DRUCK

Deutschlands
Energienstrategie
in der Diskussion

29-01-2026

*KRITIS-Dachgesetz
im Bundestag
beschlossen !*

UBIMET 
WEATHER MATTERS

Die Wetter- und Klima-Experten der Energiewirtschaft

Das KRITIS-Dachgesetz fordert von Netzbetreibern:

- ➔ Asset-spezifische Risikoanalysen und -Bewertungen
- ➔ **passgenaue Maßnahmen** zur Prävention und Reaktion

UBIMET unterstützt Sie mit praxisbewährten Lösungen:

- ✓ **Klimarisikoinalyse KRITIS** zur Ermittlung des Asset-spezifischen Risikos
- ✓ **Weather Cockpit KRITIS** zur Live-Überwachung von Netzgebiet und Infrastruktur

Kommen Sie mit uns ins Gespräch und erfahren Sie, was hochpräzise Meteorologie auch für Sie leisten kann.

+49 721 663 23 0

germany@ubimet.com

ubimet.com

08.05.2026 in Dresden

Forum Netzbau und Netzbetrieb

„Klimawandel und Wetter – worauf müssen sich Netzbetreiber zukünftig einstellen?“

Vortrag von TransnetBW und UBIMET

UBIMET ist zertifiziert: ISO/IEC 27001:2022, ISO 9001:2015, ISO 14001:2015



Wichtig wäre eine kohärente, in sich schlüssige Strategie, welche die Klima- und Energiepolitik mit anderen eng damit verbundenen Politikfeldern zusammendenkt, insbesondere mit der Industrie-, Technologie-, Finanz-, Sozial- und Sicherheitspolitik.“

Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge
Direktor, EWI Energiewirtschaftliches Institut
an der Universität zu Köln



THEMA

EWI Energietagung 2026 – Energiewende unter Druck?

Die Energiewende steht vor zahlreichen Herausforderungen. Gerät sie in diesem Sinne „unter Druck“ wie die EWI-Energietagung im Januar 2026 überschrieben war? In Köln diskutierten Fachleute über Energiekosten und Energiesicherheit, Netz(entgelt)regulierung und die Integration dezentraler Flexibilitäten. Zu wesentlichen Aussagen der Tagung sprach THEMEN!magazin mit EWI-Direktor **Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge**.

Prof. Bettzüge, die EWI Energietagung 2026 diene einer strategischen Standortbestimmung. Welche Schwerpunkte bestimmten die Diskussionen?

Wir erleben seit längerem, dass die Energiewende im Spannungsfeld zwischen regulatorischen, politischen und wirtschaftlichen Anforderungen steht. Was bedeuten diese multiplen Umbrüche für die deutsche Energiestrategie, und wie können Politik und Unternehmen darauf reagieren? Müssen sich mit den äußeren Bedingungen auch die inneren Konzepte anpassen?

Dieser Spannungsbogen prägte auch die Diskussionen der zahlreichen Fachleute aus Energieökonomik und -praxis bei unserer Energietagung 2026. Entsprechend drehten sich die Vorträge und Diskussionsrunden um den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie die Auswirkungen der Energietransformation auf Strommarkt, Stadtwerke, Industrie und Gesellschaft. Außerdem gab es Schwerpunkte zur Transformation des Industrielandes NRW sowie zur Heterogenität und Komplexität der Wärmewende.

In Ihrer Keynote zogen Sie einen Vergleich mit China, warum?

Die geopolitischen und geoökonomischen Machtverhältnisse verändern sich mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit. Der Unterschied zwischen der Entwicklung der Stromsysteme in China und in Deutschland ist ein Indikator für das Ausmaß dieser Verschiebungen.

China hat im vergangenen Jahr so viel gesicherte Leistung zugebaut, wie hierzulande insgesamt verfügbar ist. Vor 20 Jahren war China mit einer Stromerzeugung von rund 2.500 TWhel noch etwa gleichauf mit der EU. Nun hat sich die chinesische Stromerzeugung vervierfacht, während die der EU im selben Zeitraum sogar leicht zurückgegangen ist. In Worten: China hat in zwei Jahrzehnten drei Mal ein Äquivalent des EU-Stromsystems zugebaut. Der Anteil von Strom am Endenergieverbrauch in China liegt mittlerweile bei mehr als 30 Prozent.



„Die energieintensive Wirtschaft ist unter massivem Druck, die Wertschöpfungsketten ordnen sich gerade neu. Mit Subventionen ist den Herausforderungen nicht beizukommen. Eine auf Kosteneffizienz fokussierte Energiepolitik muss daher einhergehen mit strategischen internationalen Kooperationen, so dass der Standort durch den Strukturwandel gestärkt und nicht geschwächt wird.“

Prof. Dr. Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrates Wirtschaft.

„Die Energiewende steht im Spannungsfeld zwischen regulatorischen, politischen und wirtschaftlichen Anforderungen.“

Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge

China entwickelt sich also mit hoher Geschwindigkeit zu einem sogenannten Electro-State, auch wenn Länder wie Norwegen noch höhere Elektrifizierungsraten aufweisen. In Deutschland liegt dieser Wert ziemlich konstant bei nur rund 20 Prozent. Sowohl auf der Erzeugungs- als auch auf der Anwendungsseite des Stromsektors liegen also

Welten zwischen der Entwicklungsdynamik in China und in Deutschland. China scheint erkannt zu haben: Ein leistungsfähiger Stromsektor ist ein strategischer Standortvorteil, getreu dem englischen Bonmot „Power is Power“:

- » Grundlage für eine leistungsfähige Industrie
- » Grundlage für umfassende Digitalisierung einschließlich der Nutzung von künstlicher Intelligenz
- » Grundlage für weniger Abhängigkeit von Erdölimporten, insbesondere im Verkehrssektor.

Und wie sieht Deutschland diese Entwicklung?

Auch in Deutschland stellt man sich die Energiewende gerne als Transformation in einen Electro-State vor. In den diversen Klimaneutralitätsszenarien steigt die Stromerzeugung um einige hundert TWhel gegenüber heute und Strom soll bis 2045 mehr als die Hälfte des Endenergieverbrauchs ausmachen. Doch die Realität zeigt eher das Gegenteil: Die Stromnachfrage ist in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt um rund 10 Prozent gesunken. Kein Wunder, dass auch das Wirtschaftswachstum hierzulande deutlich geringer ist als in China.

Warum zeichnet die Realität hierzulande ein anderes Bild als gewünscht?

Es könnte daran liegen, dass die meisten Szenarien auf Vorgaben basieren, die so vielleicht doch nicht eintreten. Es ist hier nicht der Raum, diese Hypothese ausführlich zu würdigen. Aber der Hinweis sei gestattet, dass alle gängigen Klimaneutralitätsszenarien die zukünftigen Aktivitäten von Industrie und Haushalten als gesetzte Vorgabe postulieren und lediglich die jeweilige Energieanwendung zur Disposition stellen – und das bei strikter Durchsetzung der Treibhausgasminderungsziele.

Im Modell müssen Industrie und Haushalte dann auf Strom umstellen, sei es direkt oder indirekt über Wasserstoff und Derivate. Interessant ist dabei die Beobachtung, dass die Klimaneutralitätsszenarien eine weitgehend stabile Industriestruktur in Deutschland fortschreiben, insbesondere mit Blick auf den Erhalt der energieintensiven Industrie. In der Wirklichkeit hingegen können Industrie und Haushalte sehr wohl ihre Aktivitäten verändern. Statt mit einer neuen, grünen Anlage die alte, fossile zu ersetzen, können sie schlicht die mit der Anlage verbundene Aktivität reduzieren, im Zweifel bis auf Null. Genau das ist in den vergangenen Jahren in etlichen Sektoren der Industrie geschehen, und zwar vor allem in der energieintensiven Industrie.

Wie sehen Sie als Volkswirtschaftler die deutsche Situation?

In den gängigen Szenarien gibt es viel Transformation und wenig Strukturwandel, in der Realität bislang wenig Transformation und viel Strukturwandel. Der Unterschied resultiert aus der fehlenden Berücksichtigung der Elastizität der Energienachfrage, zumal in einer so offenen Volkswirtschaft wie der deutschen. Auch ein steigender CO₂-Preis würde nicht für die projizierten Transformationsinvestitionen sorgen. Denn die naheliegende Antwort auf einen steigenden CO₂-Preis ist zunächst die Aktivitätsreduktion, beispielsweise Steam Cracker abschalten, Transportnachfrage senken oder Heiztemperatur herunterdrehen. Ob und in welchem Umfang jeweils eine Neuinvestition in eine Anlage mit derselben Energiedienstleistung bei geringerer Kohlenstoffintensität erfolgt oder nicht, steht auf einem anderen Blatt. Gerade in der Industrie kann das Kapital ja auch ganz anders und an anderem Ort investiert werden.

Gibt es auch eine Pointe?

Durchaus: Der globale (!) CO₂-Preis, zu dem eine grüne Anwendung wettbewerbsfähig würde, liegt in aller Regel um eine Größenordnung über dem CO₂-Preis, bei dem eine graue Anwendung freiwillig aus dem Markt scheidet. Kurzum: ein CO₂-Preis ist kosteneffizient bezüglich der Senkung von CO₂-Emissionen. Aber die kosteneffiziente Reaktion der Volkswirtschaft kann der Rückgang von Aktivitäten sein. Der englische Begriff dafür lautet: demand destruction, Nachfragezerstörung. Will man – wie in den Klimaneutralitätsszenarien – Aktivitäten erhalten aber Emissionen senken, dann müsste der Staat die beschriebene Lücke ausfinanzieren.

Bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern geschieht dies bereits systematisch und der Menge nach mit einigem Erfolg. In anderen Bereichen gibt es unterschiedliche Formen von Subventionsregimen – bei einer insgesamt deutlich geringeren Effektivität. Aber lässt sich eine solche Strategie einer subventionierten Transformation dauerhaft durchhalten? Zumal die Staatsfinanzen noch an anderen Stellen herausgefordert werden, vor allem bei Verteidigung und in den sozialen Sicherungssystemen.

Fällt uns jetzt eine fehlende politische Gesamtstrategie auf die Füße?

Das könnte man so sehen. Beispielsweise hat der Expertenrat für Klimafragen jüngst empfohlen, die Klima- und Energiepolitik in eine politische Gesamtstrategie einzubetten. Gemeint ist eine kohärente, in sich schlüssige Strategie, welche sämtliche relevanten Politikfelder umfasst, insbesondere die Industrie-, Finanz-, Sozial- und Sicherheitspolitik. Der Koalitionsvertrag ist hinter einem solchen Anspruch allerdings klar zurückgeblieben. Das anstehende, von der Bundesregierung bis Ende März 2026 vorzulegende Klimaschutzprogramm darf also mit Spannung erwartet werden.

Prof. Bettzüge, wir danken für das Gespräch.

www.ewi.uni-koeln.de ➔



„Wir diskutieren seit Jahren über Modelle – doch gebaut werden Kraftwerke nur, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Wer Versorgungssicherheit will, muss Investitionen heute möglich machen.“

Kerstin Andreae, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung und Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft BDEW

EWI-Wärmekosten-Tool – Kosten für den Einbau einer neuen Heizung selbst berechnen

Das EWI-Wärmekosten-Tool ermöglicht den Vergleich verschiedener Heiztechnologien auf Basis ihrer gesamten Lebenszykluskosten. Es berechnet die Wärmegestehungskosten in ct/kWh sowie die jährlichen Durchschnittskosten unter Berücksichtigung von Investitions-, Betriebs-, Brennstoff- und CO₂-Kosten. Es können gebäudespezifische Parameter wie Standort, Alter, Gebäudetyp und ökonomische Annahmen zu Zinssatz und Energiepreisentwicklung individuell eingegeben werden. Grundlage der Berechnungen sind Wetter- und Nutzungsdaten gemäß DIN V 18599 sowie technologiespezifische Kostenwerte. Damit bietet das Tool eine fundierte Orientierungsgrundlage für Investitionsentscheidungen in privaten Wohngebäuden.

<https://www.ewi.uni-koeln.de/de/publikationen/ewi-waermekosten-tool/>

Fotos: EWI-Institut

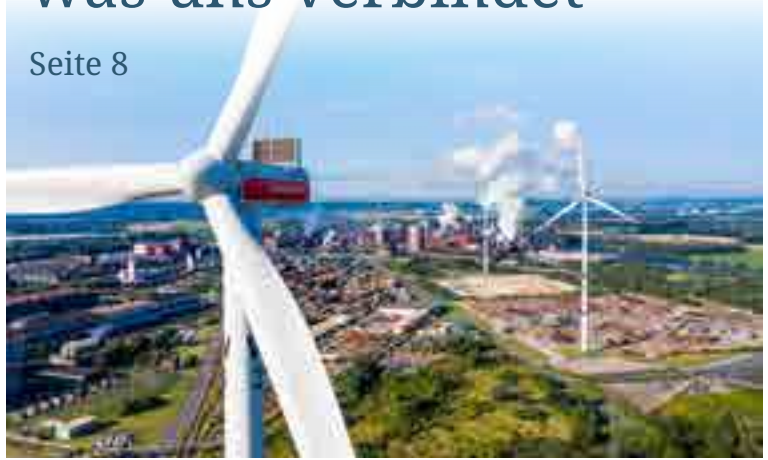


„12 Gigawatt können nur der Anfang sein“

Seite 12

Stahl trägt, was uns verbindet

Seite 8



Ein Appell zur Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Stärke.

// TITELINTERVIEW

3 - 5 EWI Energietagung 2026 – Energiewende unter Druck?

Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge sieht die Energiewende unter Druck durch steigende Kosten, Sicherheitsfragen und neue Anforderungen an die Regulierung.

6 Inhalt, Impressum

// WIRTSCHAFT

8 - 10 Stahl trägt, was uns verbindet

Gunnar Groebler betont die Bedeutung industrieller Souveränität für Deutschlands Zukunft als Industrieland.

11 Transformation. Gemeinsam. Mehr Europa wagen

Dr. Michael Strugl erkennt in der Transformation des Energiesystems zugleich Herausforderung und Chance für Europa.

12 - 13 „12 Gigawatt können nur der Anfang sein“

Christian Seyfert bewertet die Kraftwerkstrategie als wichtigen Schritt für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung.

14 - 15 Ohne günstigen Strom keine Kreislaufwirtschaft

Matthias Harms unterstreicht die enge Verbindung von Energie-, Industrie- und Ressourcenpolitik.

// DISKUSSION

16 - 17 Warum es jetzt auf Energieverbünde ankommt

Dr. Constantin H. Alsheimer sieht Energieverbünde als entscheidend für eine umfassende Energiewende.

18 - 19 Biomethan als Schlüssel für klimaneutrale Wärme

Dr. Timm Kehler benennt die wachsende Bedeutung von Biomethan für die Wärmewende.

ZUM JAHRESAUFTAKT



Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur / Foto: EWI

EWI Energietagung 2026 Blick auf eine Energiewende im Wandel

// GEBÄUDEMODERNISIERUNGSGESETZ

- 20 - 21 Rein in ein modernes Gebäudemodernisierungsrecht**
Für **Carsten Müller** ist Planungssicherheit der entscheidende Faktor einer erfolgreichen Gebäudemodernisierung.
- 22 - 23 Neuer Ansatz für wirksamen Klimaschutz**
Einen neuen Ansatz für das Gebäudemodernisierungsgesetz bietet **Dr. Ernst-Moritz Belling**.
- 24 - 25 Klimaschutz bezahlbar und investitionssicher gestalten**
Die Transformation des Gebäudesektors ist für **Axel Gedaschko** eine der größten Herausforderungen kommender Jahre.

// FINANZIERUNG

- 26 - 27 ÖPP als probates Mittel der kommunalen Infrastrukturentwicklung?**
Angesichts Finanzierungsdrucks sieht **Dr. Oliver Rottmann** einen stärkeren Einsatz von Öffentlich-Privaten Partnerschaften.

// DIGITALISIERUNG

- 28 - 29 Wie KI die deutsche Energiebranche neu ordnet**
Eine leise, aber tiefgreifende Veränderung der Energiebranche beschreibt **Fabian Knobelspies**.
- 30 - 31 KI ganzheitlich denken und implementieren**
Eine durchgängige Digitalisierung der Energiebranche geht nicht ohne KI unterstreicht **Andreas Weber**.
- 32 - 33 Digitale Resilienz wird Führungsaufgabe**
Über weitreichende Änderungen im Cybersicherheitsrecht durch NIS2 informiert **Dr. Timo Bittner**.

// AKTUELL

- 34 „Industriebeschleunigungsgesetz der EU“**
Mehr Motor oder doch Bremse? fragt **Dr. Helfried Schmidt**



Biomethan als Schlüssel für klimaneutrale Wärme

Seite 18



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Dynamik2000
Wirtschaftsmedien Verlag

CHEFREDAKTION

Dr. Ing. Lothar Müller
(V. i. S. d. P.)

POSTANSCHRIFT

Dynamik2000
Wirtschaftsmedien Verlag
Melscher Straße 1
04299 Leipzig
verlag@wirtschaftsmedien.eu
www.themen-magazin.de

BÜRO BERLIN

themen!magazin c/o visucom
Wolfener Straße 32 B
D-12681 Berlin

LAYOUT, SATZ, GESTALTUNG

Page Pro Media
www.pagepro-media.de

ONLINE-ENTWICKLUNG

UND SYSTEMBETREUUNG
DynamicWare
www.dynamicware.de

Einzelbezugspreis 4,90 Euro
ISSN 2194-1343

REDAKTIONSSCHLUSS

20. März 2025

Auflage: 5.000

Bildrechte bei den Autoren. Nachdruck, auch auszugsweise nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages.

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.



Windenergieanlage, Salzgitter
Foto: SZAG

Stahl trägt, was uns verbindet

Unsere Zukunft als Industrieland entscheidet sich jetzt und auf der Tagesordnung steht, Deutschlands Souveränität zu stählen. Ein Weckruf von Gunnar Groebler, CEO der Salzgitter AG, den THEMEN!magazin bundesweit an seine Leser weiterleitet.⁽¹⁾

So viel Schnee war nie – oder zumindest schon lange nicht mehr. Nun kommt mit dem Frühling nach und nach ans Licht, was unter der Schneedecke verborgen lag: Risse und Schlaglöcher in Straßen und Gehwegen. Der heftige Winter hat unserer vielerorts ohnehin maroden Infrastruktur weiter zugeetzt. Bekannt sind die Schäden schon lange und wir wissen, dass es Reformen braucht, echtes Handeln, mutige und konsequente Entscheidungen, um unsere Infrastruktur zu modernisieren und die Konjunktur wieder zu beleben.

Ankündigungen gab es. Auch einen Optimismus, dass das neue Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ schnell mehr Dynamik in die verschiedenen Branchen bringt. Doch nach mehr als einem Jahr seit dem Inkrafttreten macht der nasskalte Winter deutlich; viel Dynamik ist nicht. Die Kluft zwischen wirtschaftlicher Realität und poli-

tischem Anspruch wird größer. Wochenlange Schneeperioden haben die Situation nicht verbessert. Dabei ist die Lage der Stahlindustrie ohnehin schon herausfordernd: Während wir in klimafreundliche Produktionsverfahren investieren, kämpfen wir mit Überkapazitäten auf dem Stahlmarkt, mit Strafzöllen und geopolitisch gesteuerter Industriepolitik, sowie mit hohen Energiekosten. Die Nachfrage nach Stahl ist eingebrochen, unsere großen Kundensegmente, unter anderem die Automobilbranche, schwächeln.

Mehr Resilienz in einer unsicheren Welt

Aber nicht nur mit unmittelbarem Blick auf die eigene Branche stehen wir hinter dem Infrastrukturpaket: Wir sind darüber hinaus davon überzeugt, dass sich Deutschlands Wirtschaft grundsätzlich resilienter aufstellen muss. Schließlich weht in unserer

¹⁾ Dieser Beitrag erschien zuerst im Konzernmagazin der Salzgitter AG (www.stil.salzgitter-ag.com)



Unsere Zukunft als Industrieland entscheidet sich jetzt. Stahl steht am Anfang nahezu aller Wertschöpfungsketten – und gibt der Industrie Gewicht.“

Gunnar Groebler
CEO der Salzgitter AG



Welt ein zunehmend rauer Wind. Wir müssen uns gegen die geopolitischen Spannungen wappnen, die nicht nur Bundeskanzler Friedrich Merz einen „Epochenbruch“ nennt. Dafür brauchen wir eine funktionierende Infrastruktur. Dafür brauchen wir eine starke Industrie. Dafür brauchen wir Stahl. Ohne Stahl lässt sich das Infrastrukturpaket nicht schnüren. Wir brauchen ihn für Gebäude, für die Verkehrs- und Energieinfrastruktur, und als zentralen Werkstoff für die Rüstungsindustrie zunehmend auch für unsere eigene Verteidigungsfähigkeit.

Stahl ist für Deutschlands Wohlstand unverzichtbar

Eine moderne Welt und der gesellschaftliche Wohlstand, wie wir ihn heute kennen, ist ohne Stahl nicht denkbar. Wir sind für viele Branchen erfolgskritisch. Zwei Drittel der deutschen Exporte sind stahlintensiv, und die Hälfte des Produktionswertes im industriellen Mittelstand hängt direkt vom Stahl ab. Etwa vier Millionen Menschen arbeiten hierzulande in stahlintensiven Bereichen, rund 80.000 direkt in der Stahlindustrie. Stahl steht am Anfang nahezu aller Wertschöpfungsketten – und gibt der Industrie Gewicht.

Deshalb darf es uns auch nicht egal sein, woher der Stahl kommt, den wir für diese herausfordernden Aufgaben brauchen. Ohne heimische Produktion geben wir ein weiteres wichtiges Stück unserer Souveränität ab. Wir Stahlhersteller sorgen dafür, dass das industrielle Fundament dieses Landes trägt. Dass unseren Schlüsselindustrien dieser fundamental wichtige Konstruktionswerkstoff zuverlässig zur Verfügung steht. In einer instabilen Welt geben wir der Sicherheit Gewicht.

Stahl ist systemrelevant

Die Politik hat erkannt, dass die Stahlindustrie systemrelevant ist. Sie weiß, dass die wirtschaftliche Lage des Stahls dramatisch ist. Und sie hat reagiert: Auf europäischer Ebene mit dem CO₂-Grenzausgleich CBAM. Mit einem weitreichenden Vorschlag der EU-Kommission für den Außenhandelsschutz. Mit

einem bald erwarteten Vergabebesleunigungsgesetz, das der Bundesregierung die Ermächtigungsgrundlage gibt, verpflichtende Anforderungen für klimafreundliche Produkte bei öffentlichen Aufträgen festzulegen. Ein großer Schritt in Richtung Leitmärkte und damit auch der Skalierung von grünen Produkten.

Der Industriestrompreis ist leider noch so gestaltet, dass die energieintensive Industrie ihn nicht pragmatisch nutzen kann; in seiner aktuellen Auslegung und bei einer maximal dreijährigen Laufzeit bringt er der Stahlindustrie nicht die notwendige Entlastung. Die Debatte rund um das EU-Emissionshandelssystem (ETS) wird uns in diesem Jahr weiter begleiten, da die umfassende Überprüfung des ETS im Sommer 2026 ansteht. Dieser Review definiert, wie der ETS ab 2030 ausgestaltet sein soll. Wir sehen, dass der Wille da ist. Die Politik will die Stahlindustrie unterstützen. Aber wir wissen auch, dass dieses Versprechen jederzeit von haushaltspolitischen Spielräumen ausgebremst werden kann.

Fokus und Vernunft

Wir konzentrieren uns auf das, was uns stark macht, und nutzen Wachstumschancen klug.

Handlungsfähigkeit ausbauen

Deshalb können wir uns auf dem Erreichten nicht ausruhen. Wir müssen uns eine strategische Flexibilität erarbeiten, um unsere Handlungsfähigkeit zu stärken. Denn der Standort Deutschland braucht die Stahlerzeugung und -verarbeitung: Wir versorgen ganze Prozessketten der Industrie – mit einem durchdachten Rohstoffmanagement, mit effizienter Produktion und verantwortungsvollem Recycling. Wir investieren in die grüne Zukunft Europas. Weil wir davon überzeugt sind, dass die Transformation öko-

Abseits aller Regulatorik und politischen Ausgestaltung ist uns mehr als bewusst; wir haben Hausaufgaben vor uns. Mit unserem Ergebnisverbesserungsprogramm stellen wir uns performant auf. Durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz heben wir Potenzial, um Kosten zu senken, Prozesse zu vereinfachen – insgesamt profitabler zu werden. Wir wollen die Kraft aufbringen, damit wir Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Europa und Deutschland halten.

Know – how und Erfahrung allein reichen nicht

Wenn wir uns eine strategische Flexibilität erarbeiten wollen, können wir uns nicht auf Erfahrung und bewährtem Know-how ausruhen. Wir brauchen ein ganzes Set an Eigenschaften, um unsere Transformation als Voraussetzung für dauerhafte Resilienz, Wettbewerbs- und damit Zukunftsfähigkeit voranzutreiben.

Wir wollen mit gutem Beispiel für unsere Branche und den Standort Deutschland vorangehen. Denn wir haben klare Ziele vor Augen: Vorsprung, Profitabilität und Wettbewerbsfähigkeit. Als unverzichtbare Grundlage für einen resilienten, souveränen und damit wettbewerbsfähigen Standort Deutschland. Unsere Zukunft als Industrieland entscheidet sich jetzt. Deutschland braucht mutige, konsequente Entscheidungen, um die Konjunktur zu beleben und den Investitionsstau zu lösen. Das Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ gibt Anlass zur Hoffnung. Daher möchte ich den Frühling mit dem Gedanken einläuten, dass 2026 das Jahr sein kann, in welchem wir beweisen, dass Klimaneutralität und industrielle Stärke zusammen möglich sind.

Mut und Tempo

Wir treffen Entscheidungen und setzen sie konsequent um.

Ausdauer und Einsatz

Wenn wir von einem Ziel überzeugt sind, bleiben wir dran.



Gunnar Groebler
Foto: SZAG

logisch notwendig und ökonomisch vernünftig ist. Gleichwohl müssen jetzt wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Industrie diese vulnerable Phase des Umbaus hin zur Klimaneutralität überlebt. Und damit die 500 Milliarden Euro für Infrastruktur und Klimaneutralität gut angelegte Investitionen sind.

„Richtig gemacht, ist die Transformation vielleicht die größte Chance für Europa in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte. Dafür brauchen wir weniger Ideologie, mehr Realismus und ein Bekenntnis. Denn Strom folgt nur der Physik.“

Dr. Michael Strugl
CEO des Energieversorgers VERBUND, Österreich



Transformation. Gemeinsam. Mehr Europa wagen

Die Transformation des Energiesystems ist eine gewaltige Herausforderung. Und zugleich auch eine Chance für Europa, unterstrich **Dr. Michael Strugl**, CEO des Energieversorgers VERBUND aus Österreich in seiner Wortmeldung auf dem Handelsblatt Energie-Gipfel 2026 in Berlin. THEMEN!magazin spiegelt hier wesentliche Kernaussagen von Dr. Strugl.

Es ist sichtbar, der Standort Europa bleibt hinter seinen Möglichkeiten zurück. Wenige Zahlen belegen dies: Eine koordinierte und abgestimmte Transformation des Energiesystems ist bis zu 40 Prozent effektiver und günstiger als nationale Alleingänge. Ein vollständiger Energie-Binnenmarkt, basierend auf Erneuerbaren Energien, verspricht nach Aussage des Internationalen Währungsfonds Kostenvorteile von von rd. 40 Mrd. Euro pro Jahr.

Wenn es auch unpopulär erscheinen mag, wir brauchen in vielen Bereichen mehr Europa, nicht weniger. Es zeigt sich immer mehr, im globalen Wettbewerb kann nur ein geeintes Europa den großen Volkswirtschaften der USA und China die Stirn bieten. Das erfordert eine (Rück-)besinnung auf die zentrale Stärke: den Binnenmarkt. Denn es ist bis heute nicht gelungen, diesen Binnenmarkt zu vervollständigen. Ob Kapitalmarktunion oder Energiebinnenmarkt, wir sehen uns hier mit Hindernissen und Hürden konfrontiert, die unsere Schlagkraft schädigen.

Einstellung zur Transformation ändern

Es ist mehr als ein Appell: Europa muss seine grundsätzliche Einstellung zur Transformation ändern. Die USA und China machen es vor: Ökonomische Chancen nutzen und die wirtschaftlichen Impulse in den Mittelpunkt stellen. Auch wenn wir es subjektiv vielleicht anders wahrnehmen, bei Investitionen in saubere Technologien sind China und die

USA die größten Investoren in saubere Technologien. Und China übererfüllt seine Zielsetzungen beim erneuerbaren Ausbau deutlich.

Die Überbetonung einzelner Ziele macht nicht nur Probleme, sie schwächt zugleich auch die Zielerreichung und letztlich den Wirtschaftsstandort. Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit zeigen, welche Kraft es braucht, um Fehlentwicklungen zu korrigieren. Und es ist nicht zu übersehen: Diese Kurskorrekturen sind zugleich eine Gefahr für die Basis allen politischen Handelns: Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit. Deshalb sind Verbote, dies zeigt die bisherige Entwicklung, keine geeigneten Instrumente für die Transformation und zur Erreichung ihrer Ziele.

Eine Anmerkung

Es gibt viele gute Gründe für die Transformation des Energiesystems. Und man kann die Transformation auch, ohne den Begriff "Klimaschutz" zu erwähnen, befürworten. Denn am Ende ist das Projekt der Transformation des Energiesystems einfach nur richtig. Und man muss es nur richtig machen: gemeinsam!

Wie sollte die Devise lauten? Mehr Realismus und weniger Ideologie. Denn Energieversorgung muss sicher, sauber und bezahlbar sein. Wir tun gut daran, diese drei Zielsetzungen gleichrangig zu behandeln. Letztlich gibt es für uns nur eine Maxime: In Zukunft machen wir es anders, jedenfalls aber besser.

www.verbund.at



Für die energieintensive Industrie ist Versorgungssicherheit keine abstrakte Kategorie, sondern eine betriebliche Grundvoraussetzung.“

Christian Seyfert

Geschäftsführer, VIK Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e. V.



Foto: iStock



„12 Gigawatt können nur der Anfang sein“

„Die im Januar erzielte Einigung zwischen Bundesregierung und EU-Kommission zur Kraftwerkstrategie setzt ein wichtiges energiepolitisches Signal.

Für den Industriestandort Deutschland ist sie ein notwendiger, wenn auch überfälliger Schritt hin zu einer sicheren und bezahlbaren Stromversorgung“, sagt **Christian Seyfert**, Hauptgeschäftsführer des VIK.

Der Industriestandort Deutschland braucht Versorgungssicherheit, dies ist keine neue Erkenntnis. Nach langen Monaten intensiver Verhandlungen, wechselnder Ankündigungen und nicht zuletzt großer Unsicherheit auf Seiten von Erzeugern, Netzbetreibern und Verbrauchern scheint nun eine belastbare Einigung mit der EU-Kommission vorzuliegen. Der zuletzt angekündigte Zeitplan, nach welchem die Ausschreibungen im zweiten Quartal 2026 erfolgen sollten, scheint sich nun jedoch nach Medienberichten abermals weiter zu verzögern.

Dabei darf man nicht verschweigen: Dieser Schritt kommt ohnehin sehr spät. Die Diskussion um eine Kraftwerkstrategie begleitet die Branche seit Jahren und wurde nicht zuletzt durch den beschleunigten Ausstieg aus der Kohleverstromung, den Atomausstieg und den ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energien immer drängender. Umso größer war die Erwartungshaltung bei den betroffenen Marktteilnehmern, als die Bundesregierung die Kraftwerkstrategie als zentrales Element zur Absicherung der Stromversorgung ankündigte. Dass nun erst im Sommer 2026 die ersten Ausschreibungen starten sollen, zeigt, wie viel Zeit dieser Prozess in Anspruch genommen hat. Zeit, die angesichts wachsender Risiken in der Versorgungssicherheit eigentlich nicht vorhanden war.

Versorgungssicherheit als Voraussetzung für industrielle Wertschöpfung und Transformation

Für die energieintensive Industrie ist Versorgungssicherheit keine abstrakte Kategorie, sondern eine betriebliche Grundvoraussetzung. Aluminiumhütten, Chemieanlagen, Glas- oder Papierwerke lassen sich nicht beliebig an- und abschalten. Sehr viele Produktionsprozesse benötigen jederzeit verfügbare Leistung. Selbstverständlich auch dann, wenn volatile Erzeugung aus Wind und Sonne nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Genau hier setzt die Kraftwerkstrategie an: Sie soll steuerbare Kapazitäten bereitstellen und zugleich den Übergang zu einem umfassenden, technologieoffenen Kapazitätsmarkt vorbereiten, welcher ab 2027 greifen soll.

Dass die Bundesregierung diesen Brückencharakter der Kraftwerkstrategie nun klarer definiert und mit der EU-Kommission abgestimmt hat, ist ausdrücklich zu begrüßen. Denn Planungssicherheit entsteht nicht allein durch politische Zielbilder, sondern durch konkrete, beihilferechtlich abgesicherte Instrumente. Die jetzt vereinbarten Eckpunkte schaffen hierfür erstmals eine belastbare Planungsgrundlage.

Kern der Einigung ist die Ausschreibung von insgesamt 12 Gigawatt steuerbarer Leistung im Jahr 2026. Davon sollen 10 Gigawatt auf neue, steuerbare Kapazitäten mit langfristiger Leistungserbringung entfallen; also vor allem auf moderne Gaskraftwerke. Weitere 2 Gigawatt werden in einem technologieoffenen Segment ohne Langfristkriterium ausgeschrieben. Alle geförderten Anlagen müssen „H₂-ready“ sein und auf das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 ausgerichtet werden.

Richtig ist aus Sicht der Industrie, dass in dem aktuellen Eckpunktepapier auf einen verpflichtenden, frühzeitigen Umstieg auf Wasserstoff verzichtet wird. Investoren erhalten damit die notwendige Flexibilität, sich an den tatsächlichen Markthochlauf von Wasserstoff anzupassen und ihre Anlagen dann umzurüsten, wenn Infrastruktur, Verfügbarkeit und Wirtschaftlichkeit gegeben sind. Das steigert die Realisierbarkeit der Projekte erheblich.

Gleichzeitig bleibt festzuhalten: Der Ausschreibungsumfang von 10 beziehungsweise 12 Gigawatt wird langfristig nicht ausreichen. Sowohl der europäische ERAA, die Berichte zur Versorgungssicherheit der Bundesnetzagentur als auch Studien der Übertragungsnetzbetreiber zeigen deutlich, dass der Bedarf an gesicherter Leistung in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Der massive Zubau erneuerbarer Energien, die zunehmende Elektrifizierung von Industrie, Wärme und Verkehr sowie der parallele Rückbau konventioneller Erzeugungskapazitäten verschärfen diese Entwicklung zusätzlich.

Nach der Ausschreibung ist vor der Ausschreibung

Vor diesem Hintergrund ist entscheidend, dass die Kraftwerkstrategie nicht als einmalige Maßnahme verstanden wird. Die vorgesehenen zusätzlichen Ausschreibungen in den Jahren 2027 und 2029, die vollständig technologieoffen ausgestaltet sein sollen, sind ein wichtiger Schritt. Auch die Möglichkeit, bestehende Kapazitäten einzubeziehen und grenzüberschreitende Lösungen zuzulassen, könnte neuen Spielraum zulassen.

Dennoch braucht es schon heute die klare politische Botschaft, dass nach den ersten 12 Gigawatt zügig weitere Ausschreibungsrunden folgen werden, und zwar in bedarfsgerechter Größenordnung. Investitionsentscheidungen in der Energiewirtschaft haben lange Vorlaufzeiten. Wer heute Kraftwerkskapazitäten für die 2030er Jahre plant, muss diese Projekte frühzeitig planen, die Finanzierung sichern, Genehmigungen einholen, Komponenten bestellen, Bauzeiten berücksichtigen und letztendlich die Anlagen in Betrieb nehmen. Ein finaler, belastbarer Zeitplan wäre daher dringend erforderlich.

Kapazitätsmarkt: Jetzt konsequent weiterdenken

Die Bundesregierung hat angekündigt, ab 2027 einen umfassenden, technologieoffenen Kapazitätsmarkt einzuführen. Ein solcher Markt kann, wenn er richtig ausgestaltet ist, die Versorgungssicherheit dauerhaft gewährleisten und zugleich Innovationen sowie Kosteneffizienz fördern. Wichtig ist jedoch, dass die Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern tatsächlich in die Ausgestaltung eines solchen Mechanismus einfließen. Halbherzige Lösungen oder Übergangsregime würden sonst Unsicherheit erzeugen.



Foto: iStock

Für die energieintensive Industrie gilt: Transformation braucht Planungs- und Investitionssicherheit. Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Kraftwerkstrategie ist ein notwendiger Baustein, aber sie kann nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn sie Teil einer konsistenten, langfristig angelegten Gesamtstrategie ist.

Somit bleibt festzuhalten: Die Einigung zwischen Bundesregierung und EU-Kommission zur Kraftwerkstrategie ist ein erster Durchbruch. Sie schafft erstmals einen beihilferechtlich abgesicherten Rahmen für neue steuerbare Kapazitäten in Deutschland und sendet ein wichtiges Signal an Investoren. Gleichzeitig darf sie nicht als Abschluss, sondern muss als Auftakt verstanden werden. Die Zeit drängt, der Bedarf wächst, und der Industriestandort Deutschland ist auf eine verlässliche Stromversorgung angewiesen. Jetzt kommt es darauf an, die Kraftwerksstrategie zügig umzusetzen, entschlossen weiterzudenken und parallel die Details eines funktionierenden Kapazitätsmechanismus weiterzuentwickeln.

www.vik.de ➡

Der VIK ist seit über 75 Jahren die Interessenvertretung industrieller und gewerblicher Energienutzer in Deutschland. Als branchenübergreifender Wirtschaftsverband mit Mitgliedsunternehmen aus den unterschiedlichsten energieintensiven Branchen wie Aluminium, Chemie, Glas, Papier, Stahl oder Zement, ist er die Stimme der Deutschen Industrie und steht für einen starken Industriestandort Deutschland ein.



Die Kreislaufwirtschaft ist essenziell, um den Produktionsstandort Deutschland resilient aufzustellen.“

Matthias Harms

Kommissarischer Präsident des BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgung-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft e. V.



Ohne günstigen Strom keine Kreislaufwirtschaft



Grafik: iStock

Gerade in einer Phase tiefgreifender wirtschaftlicher Transformation und globaler Krisen zeigt sich, dass Energiepolitik, Industriepolitik und Ressourcensicherung untrennbar miteinander verbunden sind. Wettbewerbsfähige Energiepreise entscheiden darüber, ob Recycling ein Zukunftsmodell für den Industriestandort Europa bleibt. Eine Wortmeldung von **Matthias Harms**, kommissarischer Präsident des BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgung-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft e. V.

Die Transformation der Energieversorgung und die Sicherung industrieller Wertschöpfung gehören zu den zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Die Recyclingwirtschaft verbindet beide Ziele: Sie reduziert Rohstoffabhängigkeiten, spart CO₂ ein und stärkt die Resilienz industrieller Lieferketten.

Damit sie diese Rolle erfüllen kann, braucht sie jedoch wettbewerbsfähige energiepolitische Rahmenbedingungen, dazu zählen dauerhafte wettbewerbsfähige Energiepreise für die Produktion.

Kreislaufwirtschaft als Stabilitätsfaktor für Industrie und Versorgung

Die Energieversorgung der EU befindet sich in einem grundlegenden Wandel. Geopolitische Unsicherheiten, strukturelle Veränderungen der Energiemärkte und steigende Anforderungen an Kli-

maschutz und Ressourceneffizienz verändern die Rahmenbedingungen für Industrie und Wirtschaft tiefgreifend. Neue Energieträger wie Biogas rücken in den Fokus.

In diesem Spannungsfeld entscheidet sich auch, ob Deutschland und die EU ihre industriepolitischen Ziele erreichen und gleichzeitig ihre klima- und ressourcenpolitischen Verpflichtungen erfüllen können.

Eine Branche spielt dabei eine Schlüsselrolle: die Recycling- und Kreislaufwirtschaft. Sie sorgt dafür, dass wertvolle Rohstoffe im Wirtschaftskreislauf bleiben, reduziert den Bedarf an Primärrohstoffen und leistet einen messbaren Beitrag sowohl zur Resilienz als auch zur CO₂-Minderung. Moderne Sortier-, Aufbereitungs- und Rückgewinnungsprozesse – etwa bei Metallen, Kunststoffen oder Glas – benötigen erhebliche Mengen Strom. Ohne

stabile und international wettbewerbsfähige Energiepreise geraten auch Recyclingprozesse zunehmend unter wirtschaftlichen Druck.

Industriestrompreis als industriepolitische Weichenstellung

Die Energiepreise gehören weiterhin zu den entscheidenden Kostenfaktoren für die Industrie. Für energieintensive Branchen entscheidet sich daran unmittelbar ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb wird derzeit auf europäischer und nationaler Ebene intensiv über Instrumente diskutiert, um energieintensive Industrien zu entlasten. Ein günstiger Industriestrompreis ist ein zentraler industriepolitischer Bestandteil für die Wettbewerbsfähigkeit der produzierenden Industrie.

Aus Sicht der Kreislaufwirtschaft stellt sich dabei eine grundlegende Frage: Wird die Recyclingindustrie in diese Instrumente einbezogen – oder nicht? Der BDE hat hierzu ein unabhängiges Gutachten vorgelegt. Es zeigt, dass der Teilsektor „Rückgewinnung“ die maßgeblichen europäischen Kriterien erfüllt, um in den Anwendungsbereich eines Industriestrompreises aufgenommen zu werden. Sowohl Handels- als auch Stromintensität liegen über den relevanten Schwellenwerten.

Rohstoffsicherung wird zur strategischen Aufgabe

Gerade in Zeiten geopolitischer Spannungen wird deutlich, wie wichtig stabile und diversifizierte Rohstoffquellen sind. Viele strategische Rohstoffe stammen aus politisch sensiblen Regionen.

Recycling reduziert diese Abhängigkeiten. Durch die Rückgewinnung und Aufbereitung von Sekundärrohstoffen stärkt die Branche die Versorgungssicherheit der europäischen Industrie und damit auch die strategische Autonomie Europas. Es wäre daher ein industriepolitisch falsches Signal, ausgerechnet jene Unternehmen von wettbewerbsfähigen Strompreisen auszuschließen, die maßgeblich zur Dekarbonisierung, Ressourceneffizienz und Rohstoffsicherung beitragen.

Transformation braucht Investitionen

Gleichzeitig steht die Branche unter erheblichem wirtschaftlichem Druck. In verschiedenen Segmenten – etwa im Kunststoff- oder Glasrecycling – ist die Marktsituation angespannt. Hohe Energiekosten treffen auf volatile Rohstoffpreise und intensiven internationalen Wettbewerb.

Für viele Unternehmen stellt sich deshalb zunehmend die Frage, ob Investitionen in neue Anlagen und Technologien weiterhin am Standort Deutschland erfolgen können.

Dabei braucht die industrielle Transformation genau diese Investitionen. Moderne Recyclinganlagen, innovative Aufbereitungstechnologien und digitale Sortiersysteme sind entscheidend, um Stoffkreisläufe effizient zu schließen und hochwertige Sekundärrohstoffe bereitzustellen.

Politik muss Kreislaufwirtschaft als Industriepolitik verstehen

Der Industriestrompreis kann ein entscheidender Baustein sein, um zum einen energieintensive Industriezweige, die Recyclingrohstoffe verarbeiten, und zum anderen die Recyclingprozesse selbst wettbewerbsfähig zu halten und Investitionen in moderne Rückgewinnungstechnologien zu ermöglichen. Doch letztlich geht es um mehr als um eine einzelne energiepolitische Maßnahme. Es geht um die Frage, ob Europa die Kreislaufwirtschaft als strategischen Bestandteil seiner Industriepolitik versteht.

„Damit das Recycling in Deutschland wirtschaftlich betrieben und weiterentwickelt werden kann, bedarf es nicht nur für die energieintensive Industrie, die Recyclingrohstoffe verarbeitet, sondern auch für die Recyclingindustrie selbst wettbewerbsfähige Energiepreise.“

Matthias Harms

Wer Rohstoffsicherheit, Klimaschutz und industrielle Wertschöpfung ernst nimmt, muss auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine leistungsfähige Recyclingwirtschaft schaffen.

Die Einbeziehung des Recyclings in den Industriestrompreis wäre deshalb ein klares Signal: für den Industriestandort Europa, für resiliente Lieferketten – und somit auch für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft.

www.bde.de ➔



Unternehmensverbünde müssen Stärke und Professionalität großer Unternehmen ermöglichen, ohne die lokale Verankerung und Dezentralität aufzugeben.“

Dr. Constantin H. Alsheimer

Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft



Warum es jetzt auf Energieverbünde ankommt

Die Energiewende ist eine der größten technischen und wirtschaftlichen Transformationsaufgaben Deutschlands. Sie betrifft Strom, Wärme und Verkehr gleichermaßen. In einem Gastbeitrag für THEMEN!magazin unterstreicht **Dr. Constantin H. Alsheimer**, Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, für das Gelingen der Transformation sind Energieverbünde unverzichtbar.

Geothermie: heiß oder kalt?

Wie die Wärmeversorgung klimaneutral gestalten? Geothermie gilt als eine vielversprechende Möglichkeit. Einige Thüga-Partnerunternehmen prüfen bereits mit unterschiedlichen Methoden die Chancen vor Ort. Thüga unterstützt bislang bei der Wirtschaftlichkeitsbewertung.



Die Energieversorgung ist im Umbruch. Viel wurde in den vergangenen Jahren erreicht, doch der anspruchsvollste Teil liegt noch vor uns. Bis 2030 müssen über 700 Milliarden Euro investiert werden, jährlich rund 140 Milliarden. Und dies in einem Umfeld mit über 16.000 energiewirtschaftlichen Normen und zahlreichen regulatorischen Detailvorgaben. Der Erfolg der Energiewende hängt maßgeblich davon ab, Klimaneutralität zu möglichst geringen Kosten zu erreichen. Nur wenn die Belastungen für Bürger und Unternehmen tragbar bleiben, wird die gesellschaftliche Akzeptanz gesichert.

Bewährtes nicht infrage stellen

Die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft haben sich in der Vergangenheit als besonders geeignet erwiesen, große volkswirtschaftliche Veränderun-

gen zu steuern. Preisliche Knappheitssignale setzen Investitionsanreize dort, wo sie volkswirtschaftlich sinnvoll sind, und fördern die Innovationskraft der Marktakteure. Auch für die Energiewende gilt: Sie wird effizienter, wenn der Staat verlässliche Rahmenbedingungen setzt und sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, während Marktmechanismen für Dynamik und Kreativität sorgen.

Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, weniger Bürokratie und mehr Markt zu ermöglichen – ein notwendiger, aber komplexer Umstellungsprozess, der sorgfältige Übergänge erfordert. Planungssicherheit ist dabei ein zentraler Faktor. Unternehmen investieren dann, wenn regulatorische Vorgaben stabil sind und Genehmigungsverfahren schnell und transparent verlaufen. Über-

Foto: iStock

mäßige Detailregulierung, häufige Änderungen oder politische Unsicherheiten hemmen Investitionen und verlängern die benötigten Zeiträume. Regulierung bleibt dort wichtig, wo natürliche Monopole bestehen – etwa im Netzbereich. In anderen Feldern, etwa bei Tarifmodellen oder Technologien, kann mehr Wettbewerb dagegen effizientere Lösungen hervorbringen.

Ein wesentlicher ordnungspolitischer Pfeiler bleibt der europäische Emissionshandel. Sein CO₂-Preis setzt klare, technologieoffene Anreize, die wirksam und kosteneffizient wirken. Zu umfangreiche Fördertatbestände hingegen verwässern diese Anreize und verteuern den Umbau. Der Koalitionsvertrag enthält wichtige Schritte wie beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren, effektiver organisierte Behördenkommunikation und Digitalisierungsinitiativen. Gleichzeitig führen Eingriffe wie die stärkere Steuerung der Netzplanung (etwa durch die NEST Reform), verpflichtende Tarifstrukturen oder Einschränkungen bestimmter Heiztechnologien zu einer Schwächung marktwirtschaftlicher Mechanismen.

Finanzierung rückt in den Fokus

Neben der Regulierung rückt die Finanzierung in den Fokus. Die Investitionen in Netze, Erzeugung und digitale Infrastruktur sind enorm. Angesichts begrenzter staatlicher Mittel wird privates Kapital unverzichtbar bleiben. Öffentliche Gelder können unterstützen, absichern und ergänzen, doch ohne die Einbindung privater Investoren lassen sich die nötigen Summen nicht stemmen. Instrumente wie ein Deutschlandfonds oder neue Infrastrukturprogramme können hier wirken. Ein zentrales Prinzip jedoch muss gelten: Investitionen müssen langfristige Versorgungssicherheit gewährleisten. Die Qualität kritischer Infrastrukturen darf durch Finanzierungsmodelle nicht leiden. Gerade kommunal verankerte Energieunternehmen spielen hier eine stabile und verbindende Rolle.

Parallel verändert sich das Energiesystem grundlegend. Der Strombedarf steigt deutlich – durch Wärmepumpen, E-Mobilität, industrielle Anwendungen und Rechenzentren. Während Strom derzeit rund ein Viertel des Endenergieverbrauchs ausmacht, wird sein Anteil in den kommenden Jahren erheblich wachsen. Entscheidend wird sein, Erzeugung und Netzausbau besser zu verzahnen, um ineffiziente Situationen wie Abregelungen zu vermeiden. Das Netzausbaupaket der Bundesregierung setzt hierfür wichtige Prioritäten, doch der Fokus auf Systemeffizienz muss noch stärker in den Mittelpunkt rücken. Der Monitoring-Bericht 2025 bietet erstmals eine realistischere Grundlage für

die Planung. Viele frühere politische Zielgrößen – etwa zum Ausbau von Windkraft oder Wärmepumpen – waren nicht mehr zeitgemäß. Ihre Aktualisierung führt zu einer klaren Kurskorrektur und unterstützt eine systemische, statt rein mengengetriebene Weiterentwicklung des Energiesystems.

Mit der Kraftwerksstrategie hat die Bundesregierung zudem beschlossen, 12 Gigawatt gesicherter Leistung auszuscheiden, darunter flexible Gaskraftwerke und Speicher. Eine spätere Umstellung auf Wasserstoff ist vorgesehen. Ergänzend soll bis 2032 ein Kapazitätsmarkt etabliert werden. Angesichts der über 70.000 bereits existierenden dezentralen Kraftwerke ist diese Strategie notwendig. Bei allen Ausschreibungen sollten geringe Leistungsschwellen, technologische Offenheit und regionale Flexibilität die Leitlinien sein.

Unternehmensverbünde sind gefragt

Die deutsche Energiewirtschaft ist geprägt von Dezentralität. Rund 1.400 Energieanbieter existieren, viele davon kleine und mittlere Unternehmen mit begrenzter Risikotragfähigkeit. Große Investitionen – in Netze, IT Sicherheit, erneuerbare Erzeugung oder Energiehandel – stellen sie zunehmend vor Herausforderungen. Unternehmensverbünde bieten hier eine überzeugende Lösung: Sie ermöglichen Skaleneffekte, bündeln Investitionen, teilen Know how, reduzieren Kosten und machen kleinere Stadtwerke wettbewerbs- und zukunftsfähig. Rund 1000 kommunale Versorger sind zentrale Akteure der Energiewende. Sie sind verlässlich vor Ort verankert, nahe an Bürgern und Unternehmen, betreiben Netze, investieren in erneuerbare Energien und setzen die Wärmewende um. Kooperationen ermöglichen es kleinen Stadtwerken, Projekte zu stemmen, die sie allein nicht realisieren könnten. Die Thüga-Gruppe als größter kommunaler Verbund bündelt jährlich Investitionen von rund 1,6 Milliarden Euro und schafft damit Effizienz, Sicherheit und wirtschaftliche Stärke.

Gleichzeitig wird sich der Trend zur Konsolidierung fortsetzen. Viele Regionen werden wirtschaftlich größere Einheiten benötigen – Entwicklungen, wie sie Sparkassen, Volksbanken oder der Einzelhandel bereits erlebt haben. Entscheidend bleibt jedoch die Qualität der Verbünde: Sie müssen Stärke und Professionalität großer Unternehmen ermöglichen, ohne die lokale Verankerung und Dezentralität aufzugeben. Die Energiewende ist deshalb auch die „Stunde der Verbünde“. Sie tragen wesentlich dazu bei, den Umbau des Energiesystems effizient, tragfähig und im Sinne der Kommunen zu gestalten.

www.thüga.de ➡



Biogas-Vettin, Fermenter-Aufbereitungsanlage / Fotos: Jost Listemann



*Deutschland bleibt hinter seinen Möglichkeiten:
Biomethan kann maßgebliche Teile
des zukünftigen Gasverbrauchs decken
und massiv CO₂ senken.“*

Dr. Timm Kehler

Vorstand, Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft e. V.



Biomethan als Schlüssel für klimaneutrale Wärme

Die aktuellen Eckpunkte zum geplanten Gebäudemodernisierungsgesetz unterstreichen die Bedeutung klimaneutraler Brennstoffe für die zukünftige Wärmeversorgung. Damit diese Strategie trägt, muss auch das Angebot an grünen Gasen wachsen. Deshalb wurde unter dem Dach des Verbandes Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft eine Biomethan Taskforce gebildet, wie **Dr. Timm Kehler**, Vorstand des Verbandes, in einem Beitrag für THEMEN!magazin informiert.

Biomethan ist einer der wenigen erneuerbaren Energieträger, der flexibel verfügbar und speicherbar ist. Zudem wird es regional hergestellt und nutzt die bestehende Infrastruktur. Damit verbindet Biomethan Klimaschutz mit Versorgungssicherheit und heimischer Wertschöpfung. Diese Eigenschaften machen Biomethan auch energiepolitisch immer wichtiger.

Die neue Biomethan Taskforce bündelt deshalb Fachkompetenzen aus Produktion, Handel und Anwendung, um den Hochlauf von Biomethan in Deutschland voranzubringen und ausreichend Mengen zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar zu machen.

Die aktuellen Eckpunkte der Bundesregierung zum geplanten Gebäudemodernisierungsgesetz unter-

streichen die Rolle klimaneutraler Brennstoffe für die zukünftige Wärmeversorgung. Wenn CO₂-neutrale Gase künftig stärker zum Einsatz kommen sollen, muss jedoch auch ihre Verfügbarkeit gesichert werden. Genau hier setzt die neue Biomethan Taskforce an: Sie will dazu beitragen, Produktion und Marktangebot von Biomethan in Deutschland deutlich auszubauen, damit ausreichend Mengen zu wettbewerbsfähigen Preisen in den Markt kommen. Denn die Potenziale von Biomethan stehen derzeit auf dem Spiel. Der aktuelle Entwurf zur Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) im Zuge der Umsetzung des EU-Gas- und Wasserstoffbinnenmarktpakets sendet problematische Signale für den Ausbau von Biomethan. Er entzieht dem Energieträger die Perspektive im Gasnetz: Bestehende und neue Biogasanlagen verlieren langfristig den Zugang zur Infrastruktur, während Verteilnetze vorschnell stillgelegt werden könnten. Die Folge sind steigende Kosten für Haushalte und Mittelstand durch höhere Umstellungs- und Systemkosten – sowie ein Rückschritt für die Energiewende.

Biomethan droht damit seine Rolle im Energiesystem zu verlieren – obwohl es gerade jetzt gebraucht wird. Denn das erneuerbare Gas kann eine tragende Rolle in der Transformation unseres Energiesystems zur Klimaneutralität spielen. Allerdings nur unter den richtigen Bedingungen.

Die aktuelle Marktlage ist geprägt vom Spannungsfeld aus Klimaschutzzielen einerseits und einem zu engen und unklaren Rechtsrahmen andererseits. Was fehlt, sind klare und zukunftsfähige Rahmenbedingungen für Infrastruktur, Markt und Nutzung von Biomethan. Dazu gehören eine praxistaugliche Massenbilanzierung für grüne Gase sowie ein verlässliches Handels- und Nachweisregime für Biomethan. Mit dem Auslaufen der Gasnetzzugangsverordnung und der EEG-Förderung sowie der unklaren Umsetzung des EU-Gasbinnenmarktpakets entsteht Unsicherheit bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern und Investitionen in neue Produktionskapazitäten werden gebremst.

Gemeinsam für den Hochlauf von Biomethan

Deutschland bleibt beim Ausbau von Biomethan bislang hinter seinen Möglichkeiten zurück. Dabei könnte der erneuerbare Energieträger künftig einen erheblichen Teil des Gasbedarfs klimaneutral decken und dabei gleichzeitig die CO₂-Emissionen senken.

Genau hier setzt die Biomethan Taskforce an. Sie bündelt Fachkompetenzen entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von Produktion über Handel bis zur Nutzung – und will den Hochlauf von Biomethan

aktiv voranbringen. Die Initiative setzt sich für politische Rahmenbedingungen ein, mit denen Investitionen in Produktion, Infrastruktur und Nutzung wieder planbar werden. Denn während die Europäische Kommission mit RePowerEU ein ambitioniertes Ziel von 35 Milliarden Kubikmetern Biomethan bis 2030 definiert hat, droht Deutschland beim Aufbau entsprechender Kapazitäten den Anschluss zu verlieren. Länder wie Frankreich oder Italien schaffen längst verlässliche Investitionsbedingungen und treiben den Ausbau konsequent voran.

Biomethan als Baustein der klimaneutralen Energieversorgung

Biomethan ist vielseitig einsetzbar: Im Verkehr, in Industrieprozessen oder im Heizkeller. Als erneuerbares, speicherbares und flexibel einsetzbares Molekül kann es bestehende Infrastrukturen dekarbonisieren und zugleich zur Versorgungssicherheit beitragen. Dafür muss das Potenzial von Biomethan endlich voll genutzt werden. Mit der neuen Initiative bündeln wir die schon lange bestehenden Fachkompetenzen aus der Gasbranche mit denen der Biomethan-Spezialisten und setzen einen industriepolitischen Impuls, um Angebot und Nachfrage synchron auszubauen.

Neben stabilen Grundlagen braucht der Markt auch Instrumente zur Stimulierung der Nachfrage. Die Taskforce setzt sich unter anderem für die Einführung einer Grüngasquote ein. Eine aktuelle Civey-Umfrage unter 2.500 Eigenheimbesitzern zeigt: 65,9 Prozent unterstützen die Einspeisung grüner Gase für einen klimaneutralen Heizungsbetrieb. Nur 18,9 Prozent waren dagegen, 15,2 Prozent antworteten mit "Weiß nicht".

Klar ist: Wenn Deutschland seine Klimaziele erreichen und gleichzeitig eine bezahlbare Energieversorgung sichern will, darf das Potenzial von Biomethan nicht ungenutzt bleiben.

Die Biomethan Taskforce will deshalb gemeinsam mit Politik, Wirtschaft und Verbänden daran arbeiten, die Voraussetzungen für einen schnellen Markthochlauf zu schaffen.

Die Taskforce wird von bestehenden Mitgliedern des Verbandes und führenden Unternehmen der Biomethanbranche getragen. Dazu zählen Biogeen, DAH Gruppe, Nawaro, Balance Erneuerbare Energien, SEFE, Uniper, Verbio, Trading Hub Europe und anew climate. Unterstützt wird die Initiative vom Projekt Transformationspfad Neue Gase der Branchenverbände BDEW, DVGW und Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft.

Weitere Informationen zur Taskforce unter:

www.biomethan-taskforce.de ➔



Als Stimme der Branche bündelt der Verband DIE GAS- UND WASSERSTOFFWIRTSCHAFT e. V. die Interessen seiner Mitglieder und setzt sich dafür ein, dass die Potenziale von Wasserstoff und seiner Derivate sowie Biogas und Erdgas inklusive der dazugehörigen Infrastruktur genutzt werden. Zudem informiert er über die Chancen, die gasförmigen Energieträger für ein klimaneutrales als auch resilientes Energiesystem bieten, und treibt die Transformation der Branche hin zu neuen Gasen voran. Der Verband wird von führenden Unternehmen der Energiewirtschaft getragen und umfasst die gesamte Wertschöpfungskette von Produktion, Transport, Verteilung bis hin zu Handel, Vertrieb und Anwendungen. Weitere Branchenverbände und Industrieunternehmen unterstützen ihn als Partner.



Technologieoffenheit funktioniert nur mit Effizienzleitplanken.“

Carsten Müller

MdB und Vorstandsvorsitzender
der Deutschen Unternehmensinitiative
Energieeffizienz (DENEFF)



Rein in ein modernes Gebäudemodernisierungsrecht

Die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e. V. (DENEFF) begrüßt das klare Bekenntnis zur vollständigen Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) in den Eckpunkten zum neuen Gebäudemodernisierungsgesetzes (GMG). Für **Carsten Müller**, MdB und Vorstandsvorsitzender der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF) ist entscheidend, dass nun echte Planungssicherheit entsteht.

Mit den Eckpunkten zum neuen Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG) ist eine politische Weichenstellung erfolgt. Die Rücknahme kleinteiliger Heizvorgaben soll die aufgeheizte Debatte befrieden und Investitionen wieder ermöglichen. Das ist notwendig, denn die vergangenen Monate waren geprägt von Verunsicherung, Investitionszurückhaltung und wachsendem Sanierungsstau. Kaum ein Politikfeld hat polarisiert wie das Gebäudeenergiegesetz – mit spürbarem Vertrauensverlust. Doch politische Entspannung allein genügt nicht. Entscheidend ist, dass nun echte Planungssicherheit entsteht. Eigentümer, Mieter, Handwerk und Industrie brauchen klare und langfristig tragfähige Leitplanken. Der Wunsch nach Technologieoffenheit ist groß. Ebenso groß ist das Bedürfnis nach Verlässlichkeit. Wer heute investiert, entscheidet für Jahrzehnte. Unsicherheit verteuert Modernisierung oder verhindert sie ganz.

Energetische Modernisierung ist weitmehr als Klimapolitik. Sie ist ein wirtschaftspolitisches Projekt. Über 600.000 Arbeitsplätze und rund 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hängen an der Gebäudesanierung vom Handwerk über die Bauindustrie bis zu Herstellern von Gebäudetechnik und digitalen Lösungen. Ein stabiler Rahmen stärkt Wertschöpfung im Inland und schafft Investitionsanreize im Mittelstand.

Worum geht es?

Zugleich geht es um dauerhafte Entlastung. Jede eingesparte Kilowattstunde senkt strukturell Kos-

ten. Was nicht verbraucht wird, muss weder importiert noch subventioniert noch transportiert werden. Energieeffizienz wirkt wie eine dauerhafte Preisbremse – sozial treffsicher und volkswirtschaftlich stabilisierend. Kurzfristige Entlastungsmaßnahmen lindern Symptome, beseitigen aber nicht die Ursache hoher Energiekosten.

Gerade vor dem Hintergrund der vorgesehenen Technologieoffenheit im Heizungsbereich gewinnt Effizienz an Bedeutung. Heimische Energieträger sind begrenzt und stehen in Konkurrenz zu Industrie und Verkehr. Technologieoffenheit funktioniert nur mit Effizienzleitplanken. Nur wenn der Gesamtverbrauch sinkt, können unterschiedliche Technologien wirtschaftlich und systemverträglich eingesetzt werden. Effizienz ist der gemeinsame Nenner.

Wie kann das GMG nun verlässlich ausgestaltet werden?

1. Kontinuität sichern

Die Grundsystematik des Gebäudeenergiegesetzes außerhalb des Heizungsparagraphen 71 bietet weiterhin Orientierung. Die Eckpunkte stellen sie nicht infrage und das ist gut. Energieeffizienz bleibt der wirtschaftlich sinnvolle Kompass: technologieoffen, investitionsfähig und europarechtskonform. Denn ständige Systemwechsel zerstören Vertrauen. Weil sich Investitionshorizonte im Gebäudebereich über Jahrzehnte erstrecken müssen Förderung, CO₂-Bepreisung, Beratung und rechtliche Anforderungen konsistent abgestimmt sein. Politische Verläss-

lichkeit über Legislaturperioden hinweg ist jetzt entscheidend, damit Modernisierung zum Normalfall wird.

2. Prioritäten richtig setzen

Sanierungen sollten dort ansetzen, wo der Energieverbrauch besonders hoch ist. Ein „worst-first“-Ansatz senkt Heizkosten am effektivsten und nutzt Fördermittel zielgerichtet. Statt Ressourcen breit zu streuen, sollten besonders ineffiziente Gebäude vorrangig modernisiert werden. Das schafft schnelle Entlastung und erhöht die volkswirtschaftliche Effizienz der eingesetzten Mittel. Sichtbare Prioritätensetzung stärkt zudem die Akzeptanz.

3. Heizungsregeln praktikabel gestalten

Der Heizungstausch bleibt ein zentraler Modernisierungsanlass. Gleichzeitig sollte der Fokus stärker auf Betrieb und Effizienz im laufenden Betrieb liegen. Viele Gebäude verbrauchen unnötig Energie, weil Anlagen nicht optimal eingestellt sind. Digitale Steuerung, intelligente Regelungstechnik und Gebäudeautomation bieten erhebliche Einsparpotenziale – unabhängig vom eingesetzten Energieträger.

Effizienz im Bestand lässt sich oft mit vergleichsweise geringen Investitionen heben. Die weiterhin bestehenden Regelungen zur Optimierung und zum hydraulischen Abgleich sollten konsequent umgesetzt werden. Modernisierung ist nicht nur Austausch, sondern auch intelligente Nutzung.

4. Transparenz und Daten verbessern

Verlässliche Daten zum energetischen Zustand von Gebäuden sind Grundlage jeder Investitionsentscheidung. Digitale Energieausweise und standardisierte Verbrauchsdaten können Bürokratie abbauen, Finanzierung erleichtern und Transparenz erhöhen. Investoren und Banken benötigen belastbare Informationen, um Risiken realistisch zu bewerten. Digitalisierung ist dabei kein Selbstzweck, sondern ein Effizienzhebel. Wer investieren soll, braucht Klarheit über Ausgangszustand und Wirtschaftlichkeit. Ein modernes Gebäudemodernisierungsrecht sollte Datengrundlagen klug verbessern.

5. Innovation und Wertschöpfung stärken

Effizienztechnologien, Gebäudetechnik und digitale Systeme sind heimische Wachstumsfelder. Internationale Märkte wachsen dynamisch. Ein stabiler Rahmen im Inland schafft Referenzen, fördert Skalierung und stärkt Wettbewerbsfähigkeit. Handwerk, Mittelstand und Industrie profitieren gleichermaßen. Die Entscheidung zum GMG markiert einen Wendepunkt. Ein Instrument allein schafft

jedoch keinen funktionierenden Marktrahmen. Es braucht das Zusammenspiel aus klaren Standards, verlässlicher Förderung, wirksamen Preissignalen und pragmatischer Umsetzung.

Weniger Streit, mehr Planungssicherheit und ein klarer Fokus auf Wirtschaftlichkeit und Effizienz sind der Weg, um Investitionen auszulösen, Heizkosten dauerhaft zu senken und den Gebäudesektor zukunftsfähig zu machen. Die wahrgenommene Übergriffigkeit der letzten GEG-Novelle darf sich nicht wiederholen.

Ein modernes Gebäudemodernisierungsrecht muss Orientierung geben, ohne zu bevormunden – und Effizienz als gemeinsamen Nenner stärken.

www.deneff.org 

„Für alle Eigentümer gilt künftig: freie Heizungswahl- für das Einfamilienhaus auf dem Land genauso wie für die Wohnung in der Stadt.“

**Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
zum Gebäudemodernisierungsgesetz**

Die DENEFF ist eine Initiative von über 220 Unternehmen mit herausragenden Produkten und Dienstleistungen im Bereich Energieeffizienz. Energieeffizienz ist das Multitool der Energiewende: geringerer Energieverbrauch und damit weniger CO₂, mehr Jobs, hochwertigere Gebäude, moderne Fabriken und eine resiliente Infrastruktur.

Doch die enormen, auch wirtschaftlichen Chancen durch Energieeffizienz realisieren sich nicht von alleine. Es braucht bessere politische Rahmenbedingungen und eine industrieübergreifende Zusammenarbeit von Vorreiterunternehmen. Und genau hierfür hat sich die DENEFF 2010 als „starke Stimme der Energieeffizienz“ gegründet.



*Wir reduzieren nicht den Klimaschutz,
sondern machen Heizungssanierungen attraktiver.“*

Dr. Ernst-Moritz Belling

Leiter Wärmemarkt, en2x
Wirtschaftsverband Fuels und Energie e. V.



Heizungsmodernisierung: Neuer Ansatz für wirksamen Klimaschutz

Das bis heute umstrittene „Heizungsgesetz“ (GEG) soll ersetzt werden. Der en2x Wirtschaftsverband Fuels und Energie setzt sich im Rahmen einer Verbändeallianz dafür ein, beim künftigen Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG) einen neuen Weg einzuschlagen. **Dr. Ernst-Moritz Belling**, Leiter Wärmemarkt bei en2x, erläutert für die Leser von THEMEN!magazin den neuen Ansatz für wirksamen Klimaschutz.

BESTAND: 87 % DER WÄRMEEERZEUGER NUTZEN FLÜSSIGE UND GASFÖRMIGE ENERGIETRÄGER



Herr Dr. Belling, wo sehen Sie die Fehler des bisherigen „Heizungsgesetzes“, dem Gebäudeenergiegesetz (GEG)?

Das noch von der Ampelkoalition verabschiedete GEG ist keineswegs modernisierungsfördernd. Grund dafür ist die individuelle Verpflichtung zum Einsatz von 65 Prozent Erneuerbarer Energie. Wer seine Öl- oder Gasheizung modernisiert, muss dabei nicht nur die einmalige Investition tragen. Der Kesseltausch hin zu hocheffizienter Brennwerttechnik führt, trotz geringeren Verbrauchs, auch zu höheren jährlichen Energiekosten, verursacht durch den notwendig größeren Anteil erneuerbaren Brennstoffs. Andere Optionen – etwa Wärmepumpen, Hybridlösungen oder der Anschluss an ein Wärmenetz – sind vielfach mit erheblichen Mehrkosten und technischen Hürden verbunden.

Die Folge: Notwendige Modernisierungen werden verschoben, ineffiziente Altanlagen länger betrieben und Effizienzpotenziale nicht gehoben. Der Absatz von neuen Heizungen ist in Deutschland 2025 auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren gefallen. So werden die klimapolitischen Ziele im Gebäudesektor nicht erreicht.

Ende Februar veröffentlichten die Regierungsfraktionen nun ein erstes Eckpunktepapier für das künftige Gebäudemodernisierungsgesetz. Bereits zuvor hatte der en2x – Wirtschaftsverband Fuels und Energie gemeinsam mit anderen Verbänden, die zusammen Produzenten, Versorger und Endkunden vertreten, den Vorschlag für eine neue Systematik in der Gesetzgebung unterbreitet.

Was schlagen Sie stattdessen vor?

Wir fordern, im neuen GMG die bislang kontraproduktiven Vorgaben durch einen gänzlich neuen Ansatz zu ersetzen: Statt die Verbraucher individuell zu verpflichten, nach einer Heizungsmodernisierung sofort höhere Anteile erneuerbarer Energien zu nutzen, sollten die Hersteller und Lieferanten von gasförmigen oder flüssigen Energieträgern, die als Inverkehrbringer nach Energiesteuerrecht tätig sind, verpflichtet werden, sukzessiv steigende Anteile erneuerbarer Brennstoffe in den Markt zu bringen. Der erneuerbare Anteil sollte anfangs moderat sein und dann auf Basis einer Erneuerbaren-Energien-Quote jährlich steigen, so dass die aktuell bereits geltenden Vorgaben des GEG und damit die Klimaschutzziele im Gebäudesektor erfüllt werden.

Welche Vorteile ergeben sich dadurch?

Erstens werden Investitionen in neue Heizungen wieder attraktiver, da Effizienzgewinne durch eine Modernisierung sofort zu sinkenden Energiekosten führen. Denn die höheren Brennstoffkosten infolge des steigenden Beimischungsanteils erneuerbarer Komponenten werden unserem Vorschlag gemäß dann von allen Kunden getragen und nicht, wie im bisherigen GEG, ausschließlich von den Modernisierenden.

Zugleich erhöhen die durch erneuerbare Beimischungen verursachten steigenden Brennstoffkosten kontinuierlich den wirtschaftlichen Anreiz, den Gebäudeenergiebedarf zu senken, etwa durch Heizungserneuerungen, Gebäudeautomation sowie Maßnahmen an der Gebäudehülle.

Zweitens sinkt dadurch für alle Akteure die bürokratische Komplexität. Anstatt eine Vielzahl von Haushalten für den verstärkten Einsatz klimaschonender flüssiger und gasförmiger Energieträger verantwortlich zu machen, werden wenige Inverkehrbringer in die Pflicht genommen – analog zu den Regelungen bei der Nutzung von Fernwärme.

Und drittens?

Last, but not least entsteht für Politik und Energieversorger mehr Planungssicherheit und Verlässlichkeit beim Klimaschutz, da erneuerbare Energien unabhängig von der Zahl der Modernisierungen in den Markt kommen. Die Klimaschutzwirkung würde in der Gesamtbilanz den bereits gel-

tenden Vorgaben des GEG entsprechen. Wir reduzieren also nicht den Klimaschutz, sondern machen Heizungssanierungen attraktiver.

Von wem wird der Vorschlag noch unterstützt?

Der Vorschlag wird neben en2x auch vom Deutschen Verband Flüssiggas, Haus & Grund, dem MEW Mittelständische Energiewirtschaft und dem UNITI Bundesverband EnergieMittelstand mitgetragen.

Was sind aus Ihrer Sicht wichtige Aspekte aus dem Eckpunktepapier zum neuen GEG?

Laut dem vorgestellten Eckpunktepapier soll es im neuen Gesetz keine Vorgaben geben, die Eigentümer zum Einbau oder Austausch funktionierender Heizungssysteme verpflichten. Sie können also weiterhin auf Ihre bewährte Heizung setzen. Wer sich für eine neue Öl-Brennwertheizung entscheidet, muss nur beachten, dass ab 2029 Heizöl mit einem Anteil an erneuerbarem „Grünöl“ bestellt werden muss. Angedacht ist nach aktuellem Stand ein Anteil von zehn Prozent, der sich dann bis 2040 stufenweise erhöht.

Zusätzlich soll es eine verpflichtende Beimischung in Höhe von einem Prozent „Grünöl“ für alle Heizölsorten geben, die vom Brennstofflieferanten für die gesamte Kundschaft (d.h. auch für alle bestehenden Ölheizungen) zu erfüllen ist. So soll das auch für Flüssiggasheizungen gelten.

Finden Sie Ihre Vorschläge im Eckpunktepapier wieder?

Einige Überschneidungen sind vorhanden, was uns darin bestärkt, weiter für unseren Ansatz zu werben. Momentan, also Anfang März, liegt ja bislang nur das Eckpunktepapier vor, noch kein ausführlicher Gesetzesentwurf. Die politische Diskussion hat gerade erst Fahrt aufgenommen und wir werden uns da gern weiter einbringen.

Worauf kommt es ihnen für die weitere Ausgestaltung besonders an?

Die Umsetzung muss aus unserer Sicht einfache und verständliche Regelungen beinhalten, die bundesweit gültig sind. Nur so kann eine gute Beratung durch Energieberater, Heizungshandwerk und Schornsteinfeger erfolgen. Auf Länderöffnungsklauseln, die zu erklärungsbedürftigen Sonderregeln führen, muss verzichtet werden. Für eine kosteneffiziente Umsetzung wäre es auch wichtig, im Wärmemarkt die gleichen Anforderungen an erneuerbare Produkte wie im Straßenverkehr zu stellen.

Dank für das Gespräch.

www.en2x.de 



Klimaschutz im Gebäudebereich gelingt nur, wenn ökologische Zielsetzungen mit wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung verbunden werden.“

Axel Gedaschko

Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW



Klimaschutz bezahlbar und investitionssicher gestalten

Die Transformation des Gebäudesektors gehört zu den größten politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahre. Klimaneutralität bis 2045 ist ein ambitioniertes Ziel und zugleich eine enorme Investitionsaufgabe, unterstreicht **Axel Gedaschko**, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW in seinem Gastbeitrag für THEMEN!magazin.

Für die Wohnungswirtschaft stellt sich eine zentrale Frage: Wie lassen sich Klimaschutz, Versorgungssicherheit und bezahlbares Wohnen gleichzeitig gewährleisten? Mit den Eckpunkten für ein neues Gebäudemodernisierungsgesetz hat die Politik nun einen wichtigen Schritt getan, um nach einer Phase großer Unsicherheit wieder mehr Planungssicherheit zu schaffen. Der Weg zu diesem Kompromiss war politisch anspruchsvoll. Umso wichtiger ist, dass eine tragfähige Grundlage entstanden ist, die Investitionen ermöglicht und zugleich den Klimaschutz voranbringt.

Wichtige Korrekturen gegenüber bisherigen Regelungen

Zugleich enthält der neue Ansatz wichtige Korrekturen gegenüber bisherigen Regelungen. So trägt die Aufhebung der engen Kopplung zwischen kommunaler Wärmeplanung und unmittelbaren Verpflichtungen im Gebäudebestand stärker der Realität vor Ort Rechnung als frühere, eher am grünen Tisch entwickelte Modelle. Das schafft Praxistauglichkeit für Kommunen und Wohnungsunternehmen. Auch die Vereinfachung der kommunalen

Wärmeplanung insbesondere für kleinere Kommunen ist ausdrücklich zu begrüßen.

Ebenso wichtig ist, dass die europäische Gebäudeeffizienzrichtlinie ohne zusätzliche nationale Verschärfungen umgesetzt werden soll – etwa beim Neubaustandard. Zusammen mit der stärkeren Betonung des Quartiersansatzes eröffnet dies neue Möglichkeiten, Klimaschutzlösungen dort zu realisieren, wo sie technisch und wirtschaftlich am sinnvollsten sind.

Technologieoffenheit schafft Investitionssicherheit

Ein entscheidendes Element ist die Wiederherstellung der Technologieoffenheit. Eigentümer erhalten künftig wieder mehr Entscheidungsfreiheit bei der Wahl des Heizsystems. Jeder Heizungstyp kann bei Bedarf ersetzt werden, während Instrumente wie eine künftige Grüngasquote dazu beitragen sollen, die Klimaziele zu erreichen. Damit wird eine der größten Verunsicherungen der vergangenen Jahre beseitigt.

Für die Wohnungswirtschaft ist diese Flexibilität zentral, denn Gebäude und technische Ausgangslagen unterscheiden sich erheblich. Lösungen müssen daher objektspezifisch gefunden werden.

Ein grundlegender Rückschritt zu fossilen Heizsystemen ist dennoch nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Die sozial orientierten Wohnungsunternehmen im GdW planen langfristig und strategisch. Investitionen in Gebäude werden für Zeiträume von Jahrzehnten getroffen. Entsprechend verfolgen viele Unternehmen bereits seit Jahren konsequent den Weg hin zu erneuerbaren Wärmesystemen. Deshalb werden Wärmepumpen und andere erneuerbare Lösungen weiterhin eine zentrale Rolle spielen.

Langfristige Investitionen brauchen verlässliche Förderung

Von großer Bedeutung ist zudem die zugesicherte Finanzierung der Förderung bis 2029. Sie sendet ein wichtiges Signal für Investitionssicherheit. Ohne verlässliche Förderbedingungen lassen sich die enormen Investitionen in die Transformation des Gebäudebestands nicht stemmen. Gleichwohl gilt für alle Maßnahmen: Dem Bürger muss klar sein, dass alle Möglichkeiten zur Erreichung der Klimaneutralität gegenüber den heutigen Systemen mit höheren Kosten verbunden sind. Unabhängig davon, ob Biogas, Fernwärme oder Wärmepumpe: alles bedeutet regelmäßig höhere bis deutlich höhere Belastungen. Wer dies nicht klar sagt, wird spätestens nach der Umsetzung der Maßnahmen unglaubwürdig.

Zu Eckpunkten der Novelle des Gebäudemodernisierungsgesetzes

Die Eckpunkte für ein neues Gebäudemodernisierungsgesetz signalisieren einen tragfähigen Kompromiss, der Investitionen wieder ermöglichen und zugleich Klimaschutz sichern kann.

Versprochen und geliefert: Jeder Heizungstyp kann bei Bedarf mit maximaler Wahlfreiheit ersetzt werden. Wir begrüßen diese Technologieoffenheit und die größere Entscheidungsfreiheit der Eigentümer.

Auch die Aufhebung der engen Kopplung zwischen kommunaler Wärmeplanung und unmittelbaren Verpflichtungen im Gebäudebestand trägt der Realität vor Ort stärker Rechnung als frühere, eher am grünen Tisch entwickelte Modelle. Das schafft Praxistauglichkeit.

Gleichwohl gilt für alle Maßnahmen: dem Bürger muss klar sein, dass alle Möglichkeiten zur Erreichung der Klimaneutralität gegenüber den heutigen Systemen mit höheren Kosten verbunden sind.

Axel Gedaschko

Klimaschutz muss sozial verträglich sein

Umso wichtiger ist es, die Transformation so zu gestalten, dass die Belastungen für Mieter möglichst gering bleiben. Die Wohnungswirtschaft setzt sich deshalb im Rahmen der Initiative „Praxispfad CO₂-Reduktion im Gebäudesektor“ für einen realistischen und wirtschaftlich tragfähigen Transformationspfad ein. Förderinstrumente müssen ausreichend ausgestattet, langfristig verlässlich und sozial treffsicher ausgestaltet sein.

Insbesondere Haushalte mit niedrigen Einkommen benötigen gezielte Unterstützung. Verbesserungen bei der Förderung müssen daher ausdrücklich auch Mietern zugutekommen. Nur wenn Investitionen in Klimaschutz wirtschaftlich tragfähig bleiben und gleichzeitig sozial abgefedert werden, kann der Transformationsprozess dauerhaft Akzeptanz finden.

Transformation nur mit Balance aus Klima, Versorgung und Bezahlbarkeit

Da der neue Weg neben dem anzustrebenden Klimaziel auch auf stärkere nationale Resilienz beim künftigen Energiemix einzahlt, ist er doppelt wichtig und richtig. Umso entscheidender ist es jetzt, diesen Weg verlässlich, investitionssicher und zugleich möglichst kosteneffizient zu gestalten. Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie müssen gemeinsam gedacht werden.

www.gdw.de ➡



Öffentlich-Private-Partnerschaften sollten stärker für die kommunale Infrastrukturentwicklung genutzt werden.“

Dr. Oliver Rottmann

Geschäftsführender Vorstand des Kompetenzzentrums
Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V.
an der Universität Leipzig



ÖPP als probates Mittel der kommunalen Infrastrukturentwicklung?

Die öffentliche Infrastruktur steht unter enormem Finanzierungsdruck, insbesondere in den Kommunen. Deshalb sollten Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) stärker für die kommunale Infrastrukturentwicklung genutzt werden, unterstreicht **Dr. Oliver Rottmann**, Geschäftsführender Vorstand des KOWID, Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. an der Universität Leipzig in einem Gastbeitrag für THEMEN!magazin.

Investitionsstaus, eine zugleich in der Breite sehr angespannte Haushaltslage und die demografische Entwicklung sind für Städte und Gemeinden unmittelbar belastend. Egal ob Digitalisierung, Energiewende, Wohnungsbau oder etwa Verkehrsinfrastrukturen: es bedarf massiver Investitionen. Das KfW-Kommunalpanel beziffert den Investitionsrückstand in den Kommunen 2024 auf 215,7 Mrd. Euro – ein Plus von 16 % gegenüber dem Vorjahr.

Ein Grund liegt in einer unzureichenden kommunalen Finanzausstattung. Kommunen tätigen rund 70 % der öffentlichen Sachinvestitionen. Gleichzeitig stehen ihnen unmittelbar aber nur etwa 15 % der Steuern und steuerähnlichen Abgaben zu. Sie sind in Deutschland wie keine andere Ebene von Zuweisungen abhängig, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Zudem liegt der kommunale Finanzierungssaldo, der die Einnahmen abzüglich der Ausgaben klassifiziert, bundesweit aktuell mit rund 28 Mrd. Euro in einem substanziellen Defizit.

Öffentlich-Private-Partnerschaften nicht verteufeln

Um den umfangreichen Neubau- und Instandhaltungsherausforderungen begegnen zu können, sind neben oftmals langfristigen und (politisch) zähen strukturellen Veränderungen auch prozessuale

Ansätze in den Blick zu nehmen. Einen solchen Ansatz bilden sogenannte Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP). Eine aktuelle Studie des KOWID zeigt, wie sich die Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit der Privatwirtschaft positiv auf kommunale Infrastrukturprojekte auswirken kann.

ÖPP-Projekte entlasten nicht nur die öffentliche Verwaltung personell. Sie bieten vor allem die Chance, die Innovationsfähigkeit des privaten Partners zu nutzen, die Qualität der Infrastruktur zu erhöhen und im Ergebnis eine Kostenersparnis für die öffentliche Hand zu erzielen. An der Befragung zur Studie „Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen durch ÖPP in der kommunalen Praxis“ nahmen 92 Kommunen aus ganz Deutschland mit mehr als 10.000 Einwohnern teil und wurden gezielt nach ihren Erfahrungen mit ÖPP-Projekten befragt.

Die Studie zeigt, dass mit steigender Erfahrung die Zustimmung in den Kommunen zu ÖPP-Projekten wächst. Hervorgehoben werden zahlreiche Chancen in ÖPP durch hohe Effizienz und Ressourcenoptimierung. Die Qualität der durch private Unternehmen erbrachten Dienstleistungen, aber auch Innovationen und neue Technologien sowie der Wissens- und Erfahrungsaustausch werden häufig

als relevante Faktoren genannt. Als eher hemmend für ÖPP in der kommunalen Praxis werden die Komplexität der Vertragsgestaltung, das Risiko der Insolvenz privater Akteure, fehlende personelle Kapazitäten für die Betreuung von ÖPP-Projekten sowie politische und gesellschaftliche Vorbehalte erachtet, da ÖPP irrtümlich häufig mit Privatisierungen gleichgesetzt werden.

ÖPP-Ansätze stützen Infrastrukturprojekte

Aufgrund der genannten Finanzlage und der dafür auch ursächlichen schmalen Einnahmenbasis der Kommunen können ÖPP-Ansätze ein Mittel sein, Infrastrukturprojekte zügiger und kosteneffizienter umzusetzen. Nutzbare Finanzierungsinstrumente sehen die teilnehmenden Kommunen insbesondere in Fördermittelprogrammen und -krediten sowie Kommunalkrediten. Darüber hinaus werden kommunale Bürgschaften, Projektfinanzierungen und Finanzierungen über gemeinsame Kooperationsgesellschaften als sinnvoll eingeschätzt.

Klar ist aber auch, dass ein ÖPP-Ansatz in der Daseinsvorsorge immer eine Einzelfallentscheidung darstellt. Wenn die lokalen oder regionalen Strukturen und politischen Entscheidungen dafür sprechen, kann dieses Modell in Erwägung gezogen werden. Durch eine langfristig angelegte Partnerschaft können Interessen harmonisiert und gemeinsames Know-how aufgebaut werden. Dafür bieten sich sowohl vertragliche Partnerschaften als auch die Gründung gemischtwirtschaftlicher Unternehmen an. Noch sind die Erfahrungen mit ÖPP in den Kommunen nicht allzu groß und vor allem breit, wobei es durchaus Unterschiede sowohl zwischen den Kommunen als auch im Hinblick auf die verschiedenen Modelle partnerschaftlicher Infrastrukturentwicklung in der Daseinsvorsorge gibt.

Skepsis gegen privatwirtschaftliches Engagement abbauen

Grundsätzlich erachtet laut Studie die Mehrheit der Gemeinden, die sich zur Frage grundsätzlicher Sinnhaftigkeit privatwirtschaftlichen Engagements im Rahmen einer Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen und ÖPP in der kommunalen Praxis geäußert haben, dies als sehr oder eher sinnvoll (zusammen 61 %). Wobei nur ein geringer Teil bereits über Erfahrungen mit ÖPP-Projekten verfügt, d. h. solche durchgeführt hat (38 %). Mit wachsender Erfahrung in ÖPP-Projekten steigt dabei auch deren Nutzeinschätzung. Vor allem Gemeinden, die in jüngerer Vergangenheit ÖPP-Projekte durchgeführt haben, erachteten ÖPP in der kommunalen Praxis als sehr sinnvoll (30 %) oder eher sinnvoll (14 %), wobei 20 % dieser Gemeinden ÖPP-Projekte auch

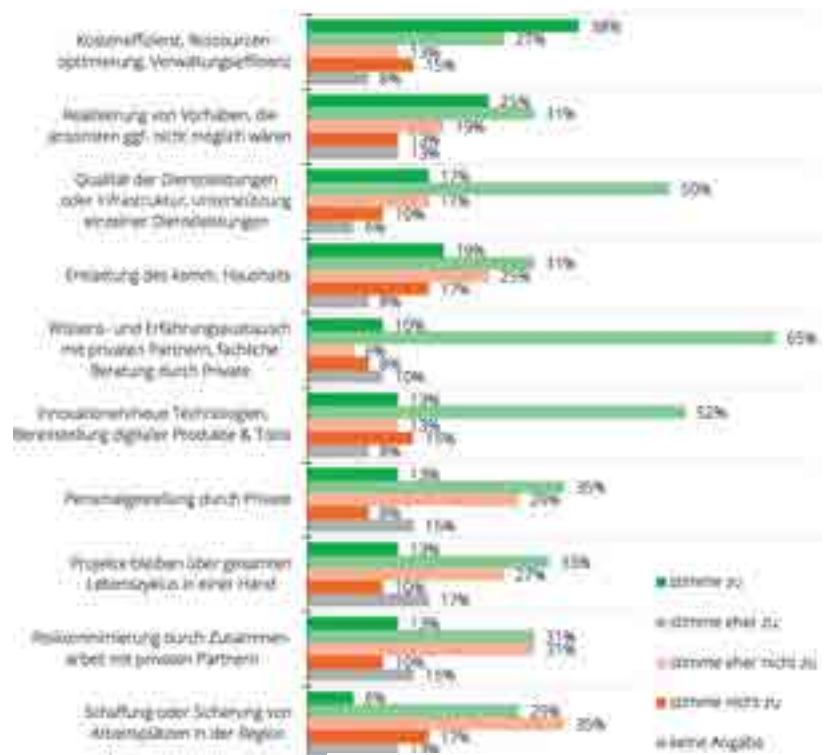
als eher nicht sinnvoll einschätzen. Dennoch wird im Rahmen der Befragung deutlich, dass auch zahlreiche dieser Gemeinden angaben, ÖPP als eher sinnvoll oder sogar als sehr sinnvoll zu erachten.

Eine Erfahrung

Grundsätzlich lassen sich ÖPP-Projekte durch ein professionelles Projektmanagement, die Wahl am Markt etablierter privater Partner und ein hohes Maß an Transparenz partnerschaftlich und im Sinne der Daseinsvorsorge steuern. Zudem kann so auch der meisten, zumeist ideologisch determinierten Kritik begegnet werden. Eine vor Projektbeginn sorgfältige Wirtschaftlichkeitsprüfung, eine klare Vertragsgestaltung mit Risikoaufteilung, die Stärkung und der Erhalt der kommunalen Steuerung und Kontrolle sowie das frühzeitige Einbauen von Flexibilisierungspotenzialen, um Nachsteuerungen im oftmals langen Zeitverlauf zu ermöglichen, sind zentrale Faktoren für eine erfolgreiche ÖPP. Entsprechend sollte klar sein, dass es infolge der kritischen Situation der öffentlichen – und auch besonders der kommunalen – Infrastrukturen nicht zielführend und sogar kontraproduktiv sein kann, allein aus politischen oder ideologischen Gründen potenziell effiziente und wirksame wirtschaftliche ÖPP-Ansätze von vornherein auszuschließen.

www.kowid.de

Gründe für die Nutzung von ÖPP



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung.



*Jetzt Expertise aufbauen
für die KI-Transformation.“*

Fabian Knobelspies
Managing Director
Enterprise Solutions bei Hays AG



Wie KI die deutsche Energiebranche neu ordnet

Die deutsche Energiebranche steht vor einer ihrer tiefgreifendsten Transformationen – und sie geschieht weitgehend lautlos im Hintergrund der großen Debatten um Netzausbau, erneuerbare Energien und Versorgungssicherheit. Experten sprechen von einer stillen Revolution. Ein Fachbeitrag für THEMEN!magazin von **Fabian Knobelspies**, Managing Director Enterprise Solutions bei Hays AG.

Während öffentliche Aufmerksamkeit meist Windrädern, Solarfeldern oder Strompreisen gilt, findet im Maschinenraum der Energiewirtschaft eine Digitalisierung statt, die ebenso grundlegend wie unterschätzt ist: die Einführung von Künstlicher Intelligenz (KI), datengetriebenen Modellen und konsequenter Datenqualität. Studien zeigen, dass KI längst nicht mehr als Experiment betrachtet wird, sondern als produktiver Werttreiber. PwC beschreibt in einer Studie, die Technologie habe „die Schwelle vom Experiment zum produktiven Werttreiber überschritten“ und werde zunehmend als strategischer Faktor für Energieversorger angesehen.

Der Einsatz von KI folgt keinem kurzfristigen Trend, sondern einer Notwendigkeit. Mit jedem zusätzlichen Windpark und jeder neuen Solaranlage steigt die Volatilität im System, und moderne Netze müssen heute stärker schwankende Einspeisungen und Lastflüsse beherrschen als je zuvor. KI-Systeme ermöglichen die Überwachung von Energieflüssen in Echtzeit, erkennen Anomalien früher und unterstützen die Integration dezentraler Erzeugung – etwa von Photovoltaik, Wärmepumpen oder Batteriespeichern. Das Fraunhofer Institut unterstreicht, dass KI dabei hilft, mögliche Überlastungen vorherzusagen, Markt- und Netzzustände zu simulieren und somit eine immer komplexer werdende Infrastruktur stabil zu halten.

Gleichzeitig gilt KI als Lösung für einige der größten Herausforderungen der Branche: dem Fach-

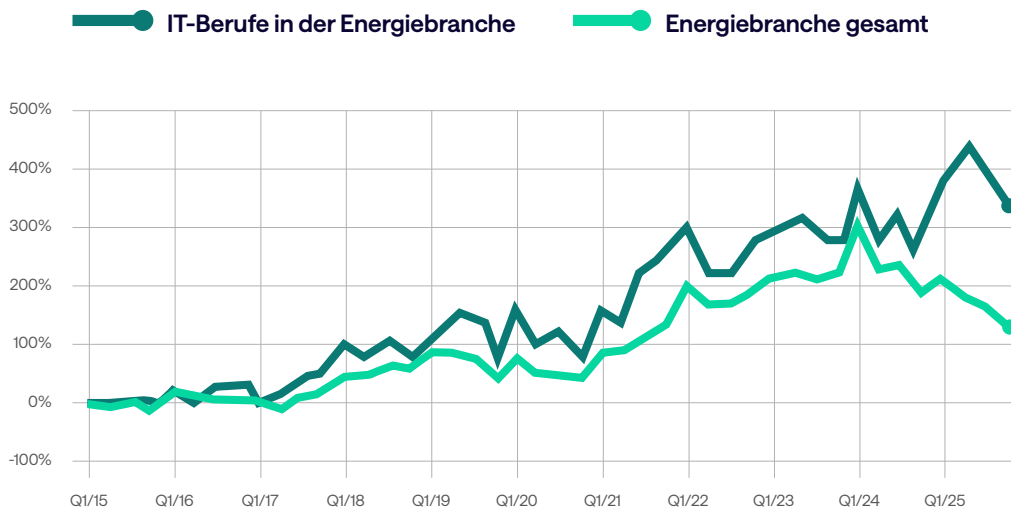
kräftemangel, der wachsenden Regulierung und dem steigenden Kostendruck. Unternehmen können mit KI effizienter arbeiten, Netze flexibler steuern und zunehmend automatisierte Prozesse etablieren – ein entscheidender Schritt, um die Energiewende technologisch abzusichern.

Daten als neuer Rohstoff der Energieversorgung

Im Zentrum all dieser Entwicklungen stehen datengetriebene Modelle. Sie bilden das Fundament der KI-Anwendungen und ermöglichen Prognosen, die weit präziser sind als klassische Verfahren. Moderne KI-gestützte Prognosemodelle analysieren Millionen Datenpunkte – von Wetterdaten über historische Lastgänge bis zu Echtzeitsignalen aus Netzen und Anlagen. Dass diese Modelle zu erheblichen Effizienzgewinnen führen, zeigt ein Blick auf aktuelle Zahlen: Energieversorger können ihre Beschaffungskosten mithilfe KI-basierter Vorhersagen im Durchschnitt um 15 bis 20 Prozent senken, sagt Technologiedienstleister Innobu.

Auch in der Netzsteuerung zeigt sich die Wirkkraft datengetriebener Modelle. Smart Grids, also intelligente Stromnetze, nutzen KI zur automatischen Steuerung von Energieflüssen. Die Stadtwerke München etwa setzen KI bereits in der Geothermie und Fernwärme ein und erzielen damit spürbare Effizienzsteigerungen – ein Beleg dafür, wie künstliche Intelligenz sogar in bestehenden Infrastrukturen wirkungsvoll arbeiten kann.

Hays-Fachkräft-Indes 2026



Quelle: Hays AG

Doch KI ist nicht nur im täglichen Betrieb wertvoll. In Zeiten eines immer stärker digitalisierten Marktes ermöglicht sie auch neue Geschäftsmodelle: Echtzeit-Tarife, Flexibilitätsvermarktung, Prognose-as-a-Service oder digitale Energieplattformen. Fraunhofer zeigt, dass KI Flexibilitätspotenziale – etwa in Speichern oder der Industrie – erkennen und diese gezielt vermarkten kann, wodurch Versorger neue Erlösmodelle erschließen.

Eine der sichtbarsten Anwendungen datengetriebener Modelle ist zudem die vorausschauende Wartung. Sensoren überwachen Anlagen permanent, KI erkennt frühzeitig Verschleiß oder Anomalien. Laut aktuellen Untersuchungen lassen sich ungeplante Ausfälle durch Predictive Maintenance um bis zu 40 Prozent reduzieren – ein enormer Hebel für Kosten, Zuverlässigkeit und Ressourceneinsatz.

Hays sorgt für die richtigen Spezialisten

Einhergehend mit der digitalen Transformation verschärft der Fachkräftemangel die Situation. Denn der Ausbau datengetriebener Infrastrukturen, die Entwicklung von KI-Modellen oder die Sicherstellung von Datenqualität benötigen Qualifikationsprofile, die in der Energiewirtschaft historisch nicht in großer Zahl vorhanden ist: Data Scientists, Data Engineers, KI-Architekten, Cloud-Spezialisten, Cybersecurity-Experten oder Energieinformatiker. Viele Versorger befinden sich daher im Wettbewerb mit Branchen wie Automobil, Finanz oder IT, die dieselben Spezialisten und Dienstleister suchen – teils mit attraktiven Honorarstrukturen und größerer digitaler Tradition. Der zunehmende Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen und Sollbruchstellen für die Innovationsfähigkeit der Branche.

Hier kommen spezialisierte Personaldienstleister

ins Spiel. Unternehmen wie Hays, die sich auf die Vermittlung hochqualifizierter Fach- und Führungskräfte sowie externer Spezialisten und Dienstleister konzentrieren, können den Druck erheblich mindern. Indem sie sowohl den projektbasierten Einsatz passender System- und Beratungshäuser als auch die direkte Suche nach Experten für KI, Datenmanagement und Energietechnik übernehmen, schließen sie kritische Lücken in Transformationsprojekten. Besonders in Bereichen, in denen spezifisches Know-how für nur begrenzte Zeit benötigt wird – etwa beim Aufbau neuer Datenplattformen, der Implementierung von Smart-Grid-Lösungen oder der Entwicklung erster KI-Prototypen – ermöglicht solche „flexible“ externe Expertise ein schnelleres Vorankommen ohne langfristige Personalrisiken.

Die strategische Partnerschaft mit Personaldienstleistern im Sinne eines resilienten Workforcemanagements erlaubt es Energieunternehmen, deutlich breiter zu rekrutieren und schnell Spezialisten zu identifizieren, die sonst kaum erreichbar wären: international tätige KI-Fachkräfte, System- und Beratungshäuser mit hochspezialisierter Expertise und Branchenkenntnis, vor Ort und auch international. Diese strategische Unterstützung und das begleitende Partnermanagement sind entscheidend, um die aktuellen Transformationen erfolgreich zu meistern.

Unternehmen, die diese Lücken aktiv adressieren – technologisch wie personell – gehören bereits jetzt zu den Vorreitern einer digitalisierten Energiewirtschaft. Die Zukunft der Energie ist datengetrieben. Lassen Sie uns darüber sprechen, besser heute als morgen.

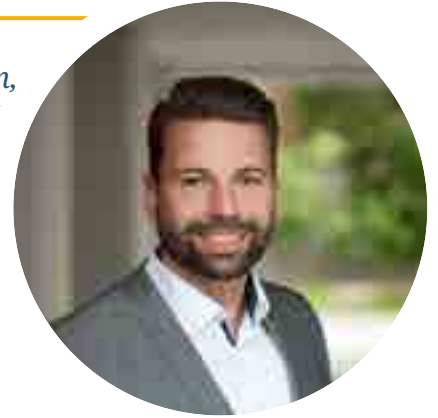
www.hays.de



Wie lässt sich KI so implementieren, dass sie tatsächlich Wirkung entfaltet?“

Andreas Weber

CEO der kraftwerk Software Gruppe



KI ganzheitlich denken und implementieren

Künstliche Intelligenz hat auch die Energiebranche erreicht. **Andreas Weber**, CEO der kraftwerk Software Gruppe, zeigt in einem Gastbeitrag für THEMEN!magazin warum die Versorgungswirtschaft eine einheitliche Plattform braucht, die sämtliche kaufmännische Prozesse über alle Markttrollen hinweg abbildet und KI dabei als integralen Bestandteil mitdenkt.

Wer mit Entscheidern der Energiewirtschaft über Künstliche Intelligenz spricht, stößt schnell auf eine zentrale Frage: Wie lässt sich KI so implementieren, dass sie tatsächlich Wirkung entfaltet? Die Antwort darauf fällt beim Blick auf den Status Quo entsprechend ernüchternd aus. Denn wer Künstliche Intelligenz als vereinzelte Features begreift, die man an bestehende Systeme andockt, kann ihren Nutzen nie voll ausschöpfen. KI entfaltet ihren Wert erst dann, wenn sie tief in die Architektur einer Softwareplattform integriert ist – und wenn das gesamte Unternehmen bereit ist, mit ihr zu arbeiten.

Eine Plattform, ein Datenpool

Auf der diesjährigen E-world stellte die kraftwerk Software Gruppe erneut ihre umfassende Plattform vor, die die vormals getrennten Branchenlösungen von iS Software und msu solutions auf einer einheitlichen technologischen Basis zusammenführt. Sie basiert auf Microsoft Dynamics 365 Business Central und bildet die komplette kaufmännische Wertschöpfungskette ab: Von ERP und Billing über Energiedatenmanagement auf Basis der Fraunhofer-Lösung EMS-EDM Prophet, CRM und Vertriebsmanagement mit den Lösungen Joules.Go und Joules.DIREKT, Enterprise Asset Management bin hin zum Thema E-Mobility über m8mit. Das Ziel ist hierbei eine durchgängige Lösung für alle Markttrollen.

Für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz ist dieser Plattformgedanke von zentraler Bedeutung. Denn KI kann bekanntlich nur so gut sein wie die Daten, auf die sie zugreift. Solange Energiedatenmanagement, Dokumentenmanagement und Kundenbeziehungsmanagement jedoch in getrennten Silos liegen, bleibt jede KI-Anwendung Stückwerk. Die kraftwerk-Plattform führt deshalb EDM, DMS, CRM und Co. in einem einheitlichen Datenpool zusammen. Vor allem das selbst entwickelte Dokumentenmanagementsystem liefert dabei eine strukturierte Datengrundlage, die KI-Anwendungen tatsächlich sinnvoll nutzbar macht. Als aktuell einziger Anbieter, vereint kraftwerk Software alle diese Prozesse in einer integrierten Plattform, und bietet damit im Zeitalter der KI-gestützten Geschäftsprozesse echte Mehrwerte.

KI integrieren, nicht nur anbinden

Angesichts unzähliger KI-Anwendungen, die derzeit von verschiedensten Herstellern vorgestellt werden, lohnt es sich, zwischen externen Tools und integrierten Lösungen zu unterscheiden. Die meisten Softwareanbieter binden mittlerweile diverse KI-Funktionen über Schnittstellen an ihre Lösungen an, etwa Chatbots für den Kundenservice oder Prognose-Tools. Die kraftwerk Software Gruppe verfolgt hingegen einen ganzheitlicheren Ansatz und integriert KI direkt in die Plattform.

Konkret bedeutet das:

Auf Basis des Microsoft Copilots und eigener MCP-Services bietet die Plattform an vielen Stellen Möglichkeiten zur promptbasierten Interaktion. MCP steht für „Model Context Protocol“ – ein offener Standard, der es KI-Modellen ermöglicht, sicher und standardisiert auf externe Datenquellen und Werkzeuge zuzugreifen. kraftwerk Software betreibt hierfür einen eigenen MCP-Server in einem hochsicheren und hochverfügbaren Rechenzentrum,

was effiziente und zuverlässige agentische Workflows ermöglicht. KI-Agenten können so jederzeit eigenständig Aufgaben ausführen, Entscheidungen vorbereiten und Prozesse automatisieren, von der Datenerfassung über Compliance-Checks bis hin zur Abrechnung.

Die kraftwerk Software Gruppe legt sich bewusst nicht auf einen einzelnen KI-Stack fest. Der MCP-Server bietet hier den Vorteil, offen für verschiedene KI-Modelle und -Dienste, wie Claude, ChatGPT, Gemini und mehr zu sein. Viele der eingesetzten KI-Lösungen sind Eigenentwicklungen, die bei Bedarf durch Large Language Models ergänzt werden können. So bleibt die Kontrolle über Qualität und Validierung durchgängig erhalten.

Agentic AI als strategischer Schwerpunkt

Die bereits erwähnten KI-Agenten, oder Agentic AI, beschreiben KI-Systeme, die nicht nur auf Anfragen reagieren, sondern proaktiv handeln, Kontexte verstehen und eigenständig mehrstufige Aufgaben erledigen können. In der Energiewirtschaft mit ihrer regulatorischen Komplexität, dem anhaltenden Fachkräftemangel und den steigenden Anforderungen an Datenqualität und Prozessgeschwindigkeit wird genau das zukünftig der Hebel sein, der Unternehmen spürbar entlastet.

Die kraftwerk-Plattform unterstützt solche agentischen Workflows end-to-end: vom Bilanzkreis- und Netznutzungsmanagement über den Messstellenbetrieb bis hin zum strategischen Asset Management, wo die Lösung LCC Nion Betriebsmitteldaten analysiert und die Entscheidungsfindung unterstützt. Der kraftwerk.Operations. Hub digitalisiert wiederum die operativen Prozesse bis zur Bereitstellung aller notwendigen Auftragsinformationen für die Instandhaltung und Zählerbewirtschaftung im Feld. Das Ziel: aus Daten Entscheidungen ableiten, automatisiert und nachvollziehbar.

KI als Frage der Unternehmenskultur

Technologie allein reicht „aber“ nicht aus. Denn KI wird erst dann zu einem wirksamen Werkzeug, wenn sie nicht nur in der Software, sondern auch in der Unternehmenskultur verankert ist. Die kraftwerk Software Gruppe richtet sich darum auch intern auf das KI-gestützte Arbeiten aus. Alle Mitarbeiten-

den werden im Umgang mit den neuen Technologien geschult und zur umfassenden Nutzung ermutigt. In allen Teams wurden DevOps-Prozesse etabliert, und es wurden Wertströme definiert in denen KI-gestützte Arbeitsweisen den Standard bilden. Der Erfolg dieses konsequenten Ansatzes zeigt sich schon jetzt. Andere Unternehmen der Branche fragen bereits an, wie die KI-Integration bei kraftwerk Software konkret umgesetzt wird. Das macht deutlich, dass der Markt einen Bedarf an ganzheitlichen Konzepten signalisiert, jenseits von Einzellösungen und Pilotprojekten.

Die Energiewirtschaft steht vor gewaltigen Aufgaben: Dazu zählen Regulierungsdruck, Verteilnetzausbau, Smart-Meter-Rollout und steigende Kundenerwartungen bei gleichzeitigem Fachkräftemangel. Eine fragmentierte IT-Landschaft wird diese Herausforderungen kaum bewältigen können. Was es braucht, sind Plattformen, die entlasten – durch durchgängige Prozesse, einheitliche Daten und Künstliche Intelligenz, die dort wirkt, wo sie den größten Nutzen stiftet.

Die kraftwerk Software Gruppe hat deshalb mit ihrer Plattformstrategie einen Weg eingeschlagen, der KI nicht als Zusatz begreift, sondern als roten Faden, der sich durch alle Prozesse zieht.

www.kraftwerk.io ➔



Quelle: kraftwerk Software Gruppe



*Cybersicherheit modifiziert sich
zur persönlichen Organpflicht.“*

Dr. Timo Bittner

Geschäftsführer, DR. BITTNER GROUP



Digitale Resilienz wird Führungsaufgabe

Cybersicherheit ist längst kein IT-Spezialthema mehr. Mit der NIS2-Richtlinie hat der europäische Gesetzgeber das Cybersicherheitsrecht grundlegend reformiert. Zum aktuellen Stand der Umsetzung dieser Richtlinie informiert Fachexperte **Dr. Timo Bittner**, Geschäftsführer der DR. BITTNER GROUP aus Hannover.

Ziel der NIS2-Richtlinie ist es, ein unionsweites und hohes Sicherheitsniveau von Netz- und Informationssystemen zu schaffen. Durch das deutsche Umsetzungsgesetz, dem NIS2UmsuCG, ist der neue regulatorische Rahmen für Unternehmen in Deutschland endgültig zur verbindlichen Managementaufgabe geworden. Die Regularien entfalten konkrete Wirkung in deutschen Unternehmen und setzen neue Maßstäbe für Governance, Organisation und Haftung.

NIS2UmsuCG – Die strukturelle Auswirkung für KRITS-nahe Unternehmen

Das NIS2UmsuCG novelliert insbesondere das BSI-Gesetz umfassend und erweitert den Kreis der betroffenen Unternehmen erheblich. Während bislang vor allem klassische KRITIS-Betreiber reguliert wurden, erfasst die neue Rechtslage nun auch zahlreiche

„wesentliche“ und „wichtige“ Einrichtungen. Hier stehen Stadtwerke und andere kommunale Unternehmen aufgrund ihrer Versorgungsfunktion und ihrer kritischen Infrastrukturen besonders im Fokus. Für diese Unternehmen bedeutet das Gesetz nicht lediglich neue Pflichten, sondern ein strukturiertes Cybersicherheitsregime. Die Reichweite der gesetzlichen Anforderungen ist dabei nicht nur formal, sondern strukturell; von Unternehmen und Organisationen wird ein dauerhaftes, dokumentiertes Risikomanagement für informationstechnische Systeme gefordert, die für die Leistungserbringung der jeweiligen Dienste genutzt werden. Einzelmaßnahmen sind dabei nicht mehr ausreichend, sondern ein strukturiertes und dokumentiertes Vorgehen sind erforderlich. Cybersicherheit wird damit zum integralen Bestandteil der Gesamtorganisation.

Enge Meldefristen

Schulung für Geschäftsführung

Bedrohungs-Analyse

Bewusstsein für Bedrohungen

Zentrales Management

Absicherung der Lieferkette

DR. BITTNER GROUP

KLARTEXT IM KOMPLEXEN.

Governance steht im Zentrum der Verantwortung

Das Gesetz verlangt eine dokumentierte Risikoanalyse, woraus konkrete technische, organisatorische und operative Maßnahmen abzuleiten sind. Dazu zählen insbesondere Konzepte zur Vorfallverknennung und -bewältigung, Notfall- und Wiederanlaufpläne, sichere Authentifizierungsverfahren, Schwachstellenmanagement sowie Vorkehrungen zur Absicherung der Lieferkette. Cyberresilienz endet gerade nicht an der eigenen Firewall. Externe Dienstleister und technische Partner sind zwingend einzubeziehen, um ein angemessenes Sicherheitsniveau zu wahren.

Die wohl tiefgreifendste Veränderung betrifft jedoch die Rolle der Geschäftsleitung im Kontext von Cybersicherheit. Das NIS2UmsuCG verankert ausdrücklich, dass Leitungsorgane die Risikomanagementmaßnahmen billigen und deren Umsetzung überwachen müssen. Hinzu tritt eine verpflichtende regelmäßige Schulung der Geschäftsleitung.

Cybersicherheit modifiziert sich somit zur persönlichen Organpflicht. Wer Überwachungs- und Organisationspflichten verletzt, kann im Innenverhältnis gegenüber dem Unternehmen haftbar gemacht werden. Darüber hinaus drohen empfindliche Bußgelder gegen das Unternehmen selbst, die sich, vornehmlich bei umsatzstarken Gesellschaften, prozentual am weltweiten Konzernumsatz orientieren können. Für Geschäftsführer bedeutet dies: Es geht nicht nur um den Schutz der Infrastruktur, sondern auch um die eigene Haftungsprävention.

Meldepflicht und Zeitdruck

Im Fall bestimmter Sicherheitsvorfälle müssen zudem enge Fristen eingehalten werden. Eine Erstmeldung muss innerhalb von 24 Stunden erfolgen, binnen 72 Stunden ist eine Konkretisierung vorzulegen. Spätestens nach einem Monat ist ein Abschlussbericht einzureichen. Diese Fristen sind sehr anspruchsvoll, insbesondere für Unternehmen mit komplexen technischen Strukturen.

Funktionierende Entscheidungs- und Eskalationsprozesse sind daher zwingend zu etablieren. Geschäftsführungen müssen sicherstellen, dass Zuständigkeiten klar geregelt sind und relevante Informationen unverzüglich die Führungsebene erreichen.

Erweiterte Aufsicht mit Durchgriff

Weiterhin stärkt die Regulatorik die Kompetenzen der Aufsichtsbehörde. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erhält dabei weitreichende Prüf- und Anordnungsrechte. Besonders wichtige Einrichtungen, zu denen häufig klassische KRITIS-Betreiber gehören, unterliegen dabei einer aktiven Aufsicht, die auch ohne konkreten Anlass tätig werden darf.

Betroffene Unternehmen müssen auf Verlangen Nachweise vorlegen, Audits ermöglichen und Mängel fristgerecht beheben. Bei schwerwiegenden oder wiederholten Verstößen drohen erhebliche Bußgelder im Millionenbereich.

Bedeutung für die Geschäftsführung

Für viele Geschäftsführungen bedeutet die neue NIS2UmsuCG-Regulatorik vor allem eines: Die Verantwortung wird konkret. Durch die tiefgreifenden Anforderungen sind Unternehmen gezwungen eine strukturelle Neubewertung ihrer digitalen Resilienz vorzunehmen. Bestehende Informationssicherheitsmanagementsysteme können dabei eine tragfähige Grundlage bilden, reichen jedoch nicht aus, um sämtliche gesetzlichen Pflichten vollständig zu erfüllen. Cybersicherheit gehört, spätestens jetzt, auf die Agenda der Geschäftsleitung, und das nicht nur im Krisenfall, sondern dauerhaft.

Im KRITIS oder auch KRITIS-nahen Umfeld ist die Bedrohungslage hoch. Angriffe auf Versorgungsunternehmen betreffen nicht nur IT-Systeme, sondern auch unmittelbar die Versorgungssicherheit von Bürgern. So ist das Gesetz deshalb nicht nur ein Compliance-Rahmen, sondern ein Instrument zur aktiven Risikobegrenzung. Für Geschäftsführer bedeutet dies zugleich Haftungsprävention: Wer Strukturen frühzeitig schafft, die Zuständigkeiten klar regelt und Überwachungspflichten nachvollziehbar dokumentiert, reduziert persönliche Haftungsrisiken erheblich.

Hinzu kommt der Zeitfaktor. Die gesetzlichen Maßgaben haben bereits jetzt rechtliche Wirkung entfaltet. Unternehmen, die mit der Umsetzung erst beginnen, wenn Prüfungen anstehen oder Vorfälle eintreten, geraten schnell unter erheblichen Handlungsdruck und riskieren nicht unerhebliche Bußgelder. Vorausschauende Vorbereitung reduziert nicht nur Haftungsrisiken, sondern verschafft organisatorische Stabilität in einem dynamischen Umfeld.

Entscheidend ist dabei jedoch, dass der regulatorische Rahmen nicht als rein formale Compliance-Übung verstanden wird. Ein bloßes Abhaken des gesetzlichen Pflichtkatalogs genügt nicht, wenn Prozesse im Ernstfall nicht greifen. Gefordert ist ein belastbares Zusammenspiel aus Organisation, Technik und Führungskultur. Cyberresilienz entsteht nicht durch Dokumente, sondern durch klare Verantwortlichkeiten, transparente Entscheidungswege und ein gelebtes Resilienzverständnis im Unternehmen. Erst wenn Cybersicherheit als kontinuierlicher Verbesserungsprozess verstanden wird, entfaltet das Gesetz seine eigentliche Wirkung. Maßgeblich ist nicht, ob reagiert wird, sondern wie strukturiert und vorausschauend das Thema verstanden wird.

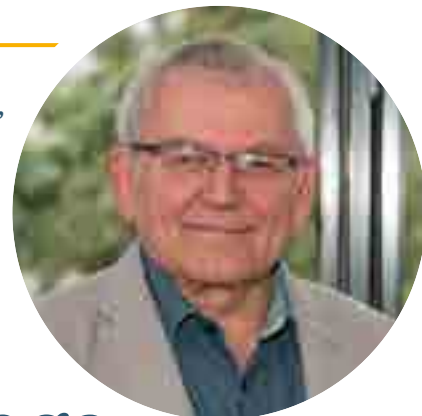
www.drbg.de ➡



Beim IAA sollte das Hauptaugenmerk darauf liegen, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu steigern, Bürokratie abzubauen und Investitionen zu erleichtern – statt sie durch neue Hürden zu bremsen.“

Dr. Helfried Schmidt

Vorstand der Oskar-Patzelt-Stiftung für den Mittelstand



„Industriebeschleunigungsgesetz“ der EU: Mehr Motor oder doch Bremse?

Mit dem Anfang März vorgestellten Industriebeschleunigungsgesetz („Industrial Accelerator Act“, IAA) will die EU-Kommission die industrielle Wertschöpfung in Europa stärken und den Anteil der verarbeitenden Industrie bis 2035 auf mindestens 20 Prozent steigern. Nach einem ersten Blick in das Dokument dazu eine Anmerkung von unserem Partner **Dr. Helfried Schmidt**, Vorstand der Oskar-Patzelt-Stiftung für den Mittelstand.

Um das Ziel des IAA zu erreichen, soll die Nachfrage nach CO₂-armen, in Europa hergestellten Industrieprodukten und Netto-Null-Technologien angekurbelt werden – etwa durch Vorgaben für öffentliche Aufträge und Förderungen. Gleichzeitig sollen ausländische Investitionen in Europa, die 100 Millionen Euro übersteigen, an Prüf- und Joint-Venture-Regeln geknüpft werden.

Das soll gelten, wenn diese Investitionen aus Staaten stammen, die über mehr als 40 Prozent der weltweiten Produktionskapazitäten für Elektrofahrzeuge, Batterien, Solaranlagen oder kritische Rohstoffe verfügen. Allerdings gibt es Fragen: Kann ein langfristiger Wachstumsschub über diese Vorhaben erzielt werden? Und was bitte rechtfertigt Eingriffe in die unternehmerische Freiheit?

Schnellere Genehmigungsverfahren

Positiv ist sicher der Ansatz zu bewerten, Genehmigungsverfahren für Industrieprojekte zu beschleunigen. Allerdings soll dies nur für energieintensive Branchen gelten. Der Effekt wäre sicher größer, wenn alle Unternehmen weniger Zeit und Ressourcen für solche Prozesse aufwenden müssten. Noch effektiver wäre es jedoch, entsprechende Verfahrenserleichterungen für die Breite der Wirtschaft zugänglich zu machen und gleichzeitig das gesamte regulatorische Umfeld zu entschlacken. Womit wir wieder beim Thema Bürokratieabbau sind.

Kosten und Bürokratie

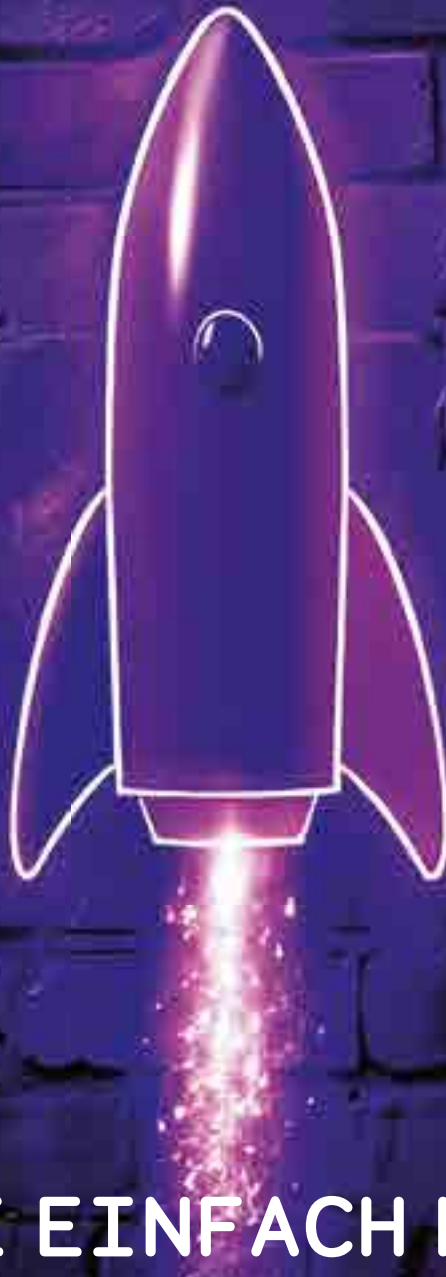
Die von der Kommission geplante Einführung von Mindestanforderungen an EU-Wertschöpfung sowie Klimafreundlichkeit bei der öffentlichen Beschaffung und der Förderung ausgewählter Sektoren gibt es nicht zum Nulltarif. Denn zusätzliche Auflagen, bürokratische Ursprungsnachweise und potenzielle Gegenreaktionen von Handelspartnern belasten vor allem kleine und mittelständische Unternehmen.

Eine aktuelle DIHK-Umfrage zeigt, dass drei von vier Betrieben mit spürbaren Auswirkungen der „Buy-European“-Maßnahmen auf ihr Geschäft rechnen. Größte Sorge ist dabei die zusätzliche Bürokratie: Mehr als die Hälfte der Befragten erwarten mehr Aufwand durch Herkunftsnachweise, 43 Prozent gehen von höheren Produktionskosten aus, und 36 Prozent befürchten Gegenreaktionen von Handelspartnern sowie einen erschwerten Zugang zu wichtigen Drittlandmärkten.

Wirtschaft frühzeitig einbinden

Der IAA wird demnächst von den EU-Mitgliedstaaten und dem EU-Parlament diskutiert. Hier sollte die Wirtschaft in die Entscheidungsfindungen einbezogen werden, um Eingriffe in die unternehmerische Freiheit so gering wie möglich zu halten. Umfassende Folgenabschätzungen mit Fokus auf mittelständische Unternehmen sowie eine Konsultation der Wirtschaft sind unerlässlich.

Anfragen an den Autor unter:
h.schmidt@op-pt.de



ENERGIE EINFACH MACHEN.

Wir bringen Prozesse in Energieunternehmen zum Laufen – mit technischer Kompetenz, Hands-on-Mentalität und über 30 Jahren Branchenerfahrung.



www.ave-online.de

TEAG Mobil

**Ihr E-Mobilitätsanbieter
in Mitteldeutschland**

1.000+ LADEPUNKTE IM DEUTSCHLANDWEITEN LADENETZ

15+ JAHRE EXPERTISE IN DER ELEKTROMOBILITÄT

20.000+ TEAG MOBIL LADEAPP KUND*INNEN

TEAG Mobil – Ihr Partner für öffentliche Ladeinfrastruktur in Städten, für Haushalte ohne Lademöglichkeit, für Flottenkundschaft und für Reisende an Fernstraßen.

TEAG Mobil – Ihr Experte für individuelle Ladelösungen in Unternehmen und Stadtwerken.